

Nullnummer

5,- DM

Ö-punkte

November '97

Schwerpunktthema auf 10 Seiten:

Windenergie

Energiepolitik, Von der Idee zur Anlage, Genehmigungsverfahren, Finanzierungsquellen, Naturschutz und Windenergie

Wendland Wind



Widerstand gegen Atommüll, Genfelder und Straßen - deutschlandweite Übersicht!

Praxistips für Basisgruppen:

Schnorren - aber richtig!

... und viele Kurzmitteilungen

Termine, Kurzinfos..

zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz, local economy, VerbraucherInnenpolitik, erneuerbare Energien, Umweltrecht, Gentechnik und Umweltbildung

Ö-punkte

Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen

Zur Tabelle:

Abgeschlossene, laufende und beantragte Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in Deutschland

von Henning Strodthoff, Koordinationsstelle gegen die Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen, Gen-ethisches Netzwerk e.V., Schöne-weiderstr. 3, 12055 Berlin (Tel.: 030/6858030)

Stand: 4.9.1997

Anmerkung: Die Zahl der durchgeführten, laufenden und geplanten Freisetzungen ist nicht identisch mit der Anzahl der Anträge auf Freisetzungen, da ein Antrag mehrere Freisetzungen beinhalten kann. In der Rubrik "Zeitraum" ist der Versuchszeitraum für die Freisetzung genannt.

Legende:

B = Beantragt
G = Genehmigt
V = Antrag im Vereinfachtem Verfahren nach 94/730/EG gestellt
M = Mitteilung an die AntragstellerIn ist durch das RKI erfolgt.

Abkürzungen:

AgrEvo: Tochterunternehmen der Firmen Hoechst/Roussel Uclaf (60%) und Schering (40%). Die AgrEvo ist eine der drei größten Firmen im Pflanzenschutzsektor weltweit (Jahresumsatz über 3 Mrd. DM)

antisens gbss: Strukturen des Stärkestoffwechsels der Kartoffel in umgekehrter Orientierung bezogen auf ein genetisches Steuerelement. Die gebildete "antisense" RNA soll die Bildung des ursprünglich kodierten Enzyms blockieren.

bar-Gen: Phosphinothricin-Acetyltransferase (=Bastaresistenz)

Bay.: Bayern

Unterschriften Aktion: Eingriffe in Gene des Menschen ächten!

Das erste genmanipulierte Kind ist geboren: im August in den USA infolge eines Eingriffes in eine Spenderinnen-Eizelle. Forderungen von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, Eingriffe in die menschliche Keimbahn zu legalisieren, nehmen hierzulande zu. Dagegen setzen über zwanzig Initiativen und Organisationen ihren Appell, weiterhin kategorisch auf die gentechnische Manipulation an Eizellen, Spermien und Embryonen zu verzichten. Alle Verantwortlichen werden aufgefordert, aus Respekt vor der Menschenwürde am bisherigen "Nein" zur Keimbahnmanipulation festzuhalten und auch zukünftig den "Menschen nach Maß" nicht anzustreben. Chancen die positive Resonanz auf die Aktion zu erhöhen, bestehen noch bis zur Übergabe des Appells mit den Unterschriften im Frühjahr an Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Die Aktions-Koordination hat das Gen-ethische Netzwerk (GeN) übernommen. Informationen und Unterlagen bei: GeN, Schöne-weider Str. 3, 12055 Berlin, 030-6857073, Fax 6841183.

Kennzeichnung von Lebensmitteln aus manipuliertem Mais und Soja

Ende Juli ist zusätzlich zur Novel Food Verordnung eine Euro-Sonderverordnung verabschiedet worden. Sie sieht die Kennzeichnung von Produkten aus genmanipuliertem Mais und Soja gemäß der Novel Food Verordnung ab November vor. (DNR EU-Rundschreiben 8/97)

Erste Lebensmittel mit Gen Soja Bestandteilen auf dem Tisch

In Deutschland wurden erstmals genmanipulierte Bestandteile in Lebensmittelprodukten entdeckt. Sie wurden durch Untersuchungen von ÖkoTest in Nuß-Nougat-Cremes ermittelt, die verarbeitete genmanipulierte Soja enthielten. Die Produkte enthielten keine Kennzeichnung. Greenpeace protestierte gegen die Verwendung von Gen-Soja bei den betroffenen Firmen. Im Gegensatz zur Lüneburger Firma Winsenia zogen Eduscho und Schneekoppe ihre Produkte aus dem Verkehr. Alle Firmen konnten darauf verweisen, daß man sich vom Zulieferbetrieb die Verwendung gentechnikfreier Rohstoffe hatte garantieren lassen. (Greenpeace, 25.8.97) Die Firma Monsanto hat zugegeben, daß Fütterungsversuche von Kühen mit gentechnisch veränderter Soja zu einem erhöhten Fettgehalt von Milch führten. Laut Auffassung des GeN weist der Befund darauf hin, daß entweder die Untersuchungen fehlerhaft sind und somit keine Rückschlüsse auf die Risiken der Soja zulassen, oder daß die Ergebnisse richtig sind und manipulierte Soja signifikante, im einzelnen noch zu klärende Nebenwirkungen hat. (aus GeN-Rundbrief 19)

Heimlich erstes Gen Lebensmittel angemeldet

Die Firma AgrEvo hat mit Rapsöl das erste genmanipulierte Lebensmittel nach der seit dem 15. Mai geltenden Novel Food Verordnung angemeldet. Schon im Sommer sei nach Firmenangaben die Freigabe erfolgt. Eine Kennzeichnung erfolgt nicht, da das Öl als gleichwertig mit herkömmlichen Produkten eingestuft wurde. Rapsöl ist in zahlreichen Lebensmitteln enthalten, wird oft mit Sojaöl gemischt beigegeben. VerbraucherInnen finden nur Angaben wie "Pflanzliche Fette" oder "gehärtetes Pflanzenfett" vor und können damit das Gentech-Rapsöl nicht erkennen. (Taz, 11.9.97)

Informationsservice zu Gen Lebensmitteln im Internet gestartet

Das Ausmaß an gentechnischen Manipulationen im Lebensmittelsektor ist längst nicht mehr zu überblicken. Die Kennzeichnungspflicht in-

folge der euroweiten Novel-Food-Verordnung erfaßt nur etwa 10% der betroffenen Nahrungsmittel. Was bei Vitaminen, Enzymen und Zutaten alles geschieht, muß in aller Regel nicht bekanntgegeben werden. Um Licht in das Dunkel zu bringen, startet ab Mitte Oktober das Projekt "TransGen" im Internet unter der Adresse "www.transgen.de". Abfragbar sind grundlegende Informationen über den Anwendungsstand der Gentechnik bei Pflanzen, Tieren, Mikroorganismen sowie Enzymen und Zusatzstoffen. Gesucht werden kann u.a. mit Hilfe von Pflanzennamen, Produktbezeichnungen und Firmennamen. Bezogen auf einzelne Lebensmittel werden Daten genannt wie: Anbau und Freisetzung, Anwendungsbereiche der Genmanipulation derzeit und zukünftig, Stand der Zulassung und Markteinführung. Gegebenfalls werden kontroverse Auffassungen aufgeführt. Die Informationsfülle soll laufend erweitert werden und basiert auf Firmenbefragungen, Angaben von Instituten und Behörden, Fakten aus Literatur und Datenbanken. Weitere Informationen liefert die Verbraucher Initiative, Gerd Spelsberg, Breite Str. 51, 53111 Bonn, 0228 7263393, Fax 7263399.

Ausstellung "gut statt Gen" erhältlich

Als Plakatserie kann die neue Ausstellung "gut statt Gen" beim Umweltinstitut München bestellt werden. 9 Tafeln in DIN A1 geben allgemein verständlich den neusten Stand in Sachen genmanipulierter Lebensmittel, Risiken, Kennzeichnung und Alternativen wieder. Kosten DM 350,-incl. 200 vierfarbige achtseitige DIN A5 Begleithefte.

Informationen und Bestellung beim Umweltinstitut, Schwere-Reiter-Str. 35 / 1 b, 80797 München, Petra Fleißner, 089/307749 14, Fax -20.

Aktion EinkaufsNetz gegen gen manipultierten Lebensmittel

Wer genmanipulierte Lebensmittel ernsthaft ablehnt, muß jetzt beim täglichen Einkauf handeln! Hilfe bietet dabei die Aktion "EinkaufsNetz" von Greenpeace. Erhältlich sind Informationen und Vorschläge, was jede/r tun kann; darunter Adressen von 200 Lebensmittelhändlern und Firmen, die momentan gentech-freie Waren anbieten und Unterlagen um den Supermarkt um die Ecke zur Stellungnahme zu bewegen oder ihm die warnende "gelbe" Karte zu zeigen. Aktuell läuft eine Lebensmittel-Sendekampagne an Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer. Alle Verbraucher sind aufgefordert, Lebensmittel von 29 Firmen, die nicht eindeutig auf Gentechnik verzichten, an das Ministerium zu senden. Es wird aufgefordert, die Sendungen zu untersuchen und über deren möglichem Gehalt von Gen-Soja Auskunft zu geben. Ziel ist es, die Rücknahme der Zulassung für Gen-Soja zu bewirken.

Weitere Informationen bei Greenpeace, Große Elbestr. 39, 22767 Hamburg, Bereich Gentechnik/EinkaufsNetz: Ina Hellmers und Jan van Aken unter 040/30618396.

Gen Food Frei einkaufen

Ein Einkaufsführer mit dem Titel "GEN-FOOD-FREI EINKAUFEN im Großraum München" dokumentiert eine gleichnamige Aktion der Initiative David gegen Goliath. Ihr Ziel ist die verstärkte Wahrnehmung der Verantwortung des Einzelnen beim Einkauf. Befragt wurden über 900 Lebensmittelgeschäfte, ob sie sich zum Angebot gentechnikfreier Ware, zur klaren Kennzeichnung nicht garantiert gentechnikfreier Produkte und umfassenden Information ihrer Kunden verpflichten würden. Ausschließlich Naturkostläden haben sich dazu bereit erklärt. Der Einkaufsführer enthält aber auch Informationen, inwieweit einige Supermarktketten die Kriterien teilweise zu erfüllen bereit sind. Sowohl die Aktion wie auch ein Teil der Infor-

BASTA: Totalherbizid der Firma Hoechst, das auf der Basis von Glufosinat wirkt

BBA: Biologische Bundesanstalt Für Land- und Forstwirtschaft, Institut Für integrierten Pflanzenschutz

Bra.: Brandenburg

BW: Baden-Württemberg

FAL: Bundesforschungsanstalt Für Landwirtschaft

IGF: Institut Für Genbiologische Forschung, Berlin

Luciferasegen: Gen aus dem nordamerikanischen Leuchtkäfer Photinus pyralis

MPI: Max-Planck-Institut Für Züchtungsforschung, Köln

MV: Mecklenburg-Vorpommern

Nds.: Niedersachsen

npfll: Antibiotikaresistenzgen, kodiert Resistenzgen u. a. Kanamycin

pat-Gen: Anhand der in Bielefeld unter Professor Dr. Alfred Pühler identifizierten DNA-Sequenz aus Streptomyces viridochromogenes wurde eine DNA-Sequenz abgeleitet, die für das gleiche Protein kodiert, aber dem pflanzlichen Genom angepasst ist. Das Gen ist von Hoechst patentiert, codiert für die Phosphinothricin-Acetyltransferase (=Bastaresistenz).

gus: Reportergen (Beta-Glucuronidase)

gtv: gentechnisch verändert

Planta / KWS: Die Firma Planta ist eine 100%-ige Tochter der Kleinwanzlebener Saatzucht

RPf.: Rheinland-Pfalz

sucll: Invertase-Gen der Bäckerhefe

SA: Sachsen-Anhalt

Sa.: Sachsen

Thü.: Thüringen

TU: Technische Universität

Uni: Universität



Zeitschriftenschau

Gen-ethischer Informationsdienst (GiD), Nr. 122
Okt. 97:

-Fette Milch, Nebenwirkungen der Gentech-Sojabohne (S. 15)

-Wessen Bio-Standards? USA hebeln Biolandbaustandards aus (S. 15-19)

-Saatgut ohne Gentechnik aber mit Rechtsproblemen (S. 19-22)

-Wo wird was freigesetzt? Bundesweite Übersicht (S. 24-26)

-"Das mußt Du allein entscheiden..." Erfahrungen von Frauen mit der pränatalen Beratung (S. 28-29)

-Nürnberger Kodex 1997. Ethik im Verhältnis Arzt - Patient. (S. 30-34)

-Schwerpunkt: Blick in andere Länder. Gentechnik in China, Chile, Südafrika und Ungarn (S. 34-48)

Termine

11.-12.11. in Frankfurt (CongressCenter Messe)

Zukunft der Gentechnik: Welcher Nutzen? Welche Risiken?

Veranstalter: Hessische Landesregierung

14.-16.11. in Imshausen
Der Mensch als Gott. Chemie als Gärtner?

Info: Stiftung Adam von Troit, Bebra
Tel. 06622/919610

1.-3.12.97 in Berlin
Seminar LebensEntscheidungen, Beratung in Sachen Pränataldiagnostik
Infos: Ev. Konferenz für Familien- und Lebensberatung, Schönhauser Allee 141, 10437 Berlin, Fax 030/44375119.

3.-5.12.97 in Attendorn
MultiplikatorenSeminar: Gentechnik als Herausforderung für die Politische Bildung

Infos: Politische Akademie Biggese, Ewiger Str. 7-9, 57439 Attendorn/Neusternohl, 02722/709-0, Fax -453.

Adresse:

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) und Gen-ethischer Informationsdienst (GiD)
Schöneweider Str. 3
12055 Berlin
Tel. 030/6857073
Fax 6841183

mationen lassen sich auf andere Städte übertragen.

Weitere Informationen bei David gegen Goliath, Pettenkofenstr. 22 G, 80336 München, 089/5328001, Fax 5438092.

Volksbegehren Gentechnikfrei

Eine deutliche Positivkennzeichnung naturbelegter Lebensmittel soll in Bayern via Volksbegehren gesetzlich verankert werden. Das Gütesiegel "Gentechnikfrei aus Bayern" soll an Lebensmittel verliehen werden, deren Hersteller nachweisen können, daß auf allen Produktionsstufen auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet wurde. Für dieses Ziel ziehen seit dem Start der Aktion am 8. Oktober kirchliche, ökologische, politische und verbraucherorientierte Organisationen in großer Menge an einem Strang. 25000 Unterschriften sammeln heißt das Gebot der Stunde! Hilfe dabei dringend gesucht! Natürlich wünschen sich die InitiatorInnen am liebsten eine bundes- oder europaweite Regelung. Aber nur auf Ebene der Bundesländer ist ein Volksbegehren und damit die direkte Einflußnahme auf gesetzliche Regelungen möglich. In Niedersachsen ist eine gleiche Initiative in Gründung. Was passiert in den anderen Bundesländern?

Informationen bei Initiative "Gentechnikfrei aus Bayern", Umweltinstitut, Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München, Petra Fleißner, 089/30774914, Fax -20. Da über die Koordinationsstelle erst in Kürze entschieden wird, ist die vorläufige Kontaktadresse für Niedersachsen Heidemarie Dann, Weckenstr. 6, 30451 Hannover, 0511/2102700.

Wildpflanze gegen Roundup resistent

In Australien gibt es mittlerweile eine Pflanze, die gegen das Herbizid Roundup resistent geworden ist. Die Firma Monsanto mußte dies kürzlich bestätigen. Der Wirkstoff Glyphosat des Roundup ist nun auch in Oberflächengewässern nachgewiesen worden.

Informationen hierzu beim Institut für Wasserforschung, Zum Kellerbach 46, 58239 Schwerf, 0231-5441220. (aus GeN-Rundbrief 19)

Virus macht Insel Hopping

Der gentechnisch veränderte Calci-Virus, der in Australien entwickelt wurde, um Kaninchen zu töten, befindet sich nun auch in Neuseeland - ungenehmigt. Noch im Juli lehnte Landwirtschafts-Generaldirektor Peter O'Hara einen Antrag von Farmern ab, den Virus einzuführen. Ob der Virus nun mit oder ohne menschliche Hilfe nach Neuseeland gekommen ist, wird wohl niemand erfahren. Zumal er schon vor zwei Jahren bewiesen hatte, daß Inseln seinem Verbreitungsdrang keine Grenzen setzen. Bereits im Herbst 1995 entwischte der Virus vom Testgelände auf einer Insel vor Australien und erreichte das Festland. Dort wurde seine Freisetzung erst ein Jahr später genehmigt. Seitdem ist in manchen Gebieten die australische Kaninchenpopulation um 95% gesunken. (aus GiD 122 von Okt. 97)

Saatgut Kennzeichnung

Bei der EU-Vermarktungsrichtlinie für Saatgut wurde in der zweiten Abstimmung die umfassende Kennzeichnung von gentechnisch verändertem Saatgut beschlossen. (DNR EU-Rundschreiben 8/97)

Gentechnik verursacht drastischen Anstieg von Tiermißbrauch

Den seit Jahren steigenden Bedarf an Versuchstieren für gentechnische Zwecke hat kürzlich die Gesellschaft für Versuchstierkunde öffentlich zugegeben. Ihrerseits wird der durch die Gentechnik verursachte Anstieg der Tierversuche mit bis zu 15% angegeben. Der Tierschutz-

bund weist darauf hin, daß die Züchtung für Gentechnikversuche in Kürze mit Hilfe der noch nicht verschiedenen Neufassung des Tierschutzgesetzes legalisiert sowie die bisher schon unzureichende Kontrolle von Tierversuchen abgebaut werden soll.

Weitere Informationen beim Deutschen Tier-schutzbund, Baumschulallee 15, 53115 Bonn, 0228/6049624, Fax 6049640.

WirtschaftswunderGentechnik bewirkt Firmenzusammenschluß

"Bis zum Jahr 2000 wird Deutschland in der Biotechnologie die Nummer eins in Europa sein", prophezeit Bundesforschungsminister Rüttgers ebenso wie 70000 zusätzliche Arbeitsplätze. "In keinem europäischen Land kann man heute besser forschen, entwickeln und produzieren ..." Angesichts solcher Aussagen haben sich 65 Firmen aus den Bereichen Pharma, Pflanzenschutz, Diagnostika, Lebensmittelzusätzen, Waschmitteln und Tiergesundheit zur "Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)" mit Sitz in Frankfurt/Main zusammengeschlossen, um sich gemeinsam "mit einer starken Stimme gegenüber Politik und Gesellschaft zu vertreten". (aus einer dpa-Meldung vom 21.8.97)

Vereinfachte Gefährdung der Demokratie

Seit dem vergangenen Jahr nutzen Betriebe und Forscher die Möglichkeit, mit dem vereinfachten Verfahren das (bis dato in jedem Fall nötige) Genehmigungsverfahren für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen zu umgehen. Die EU-Richtlinie 90/220/EWG vom 23.4.90 und das Gentechnikgesetz regeln die Freisetzungen. Beide erlauben grundsätzlich für gentechnisch veränderte Organismen, mit denen "genügend Erfahrungen gesammelt worden sind", ein vom Standard-Verfahren abweichendes, vereinfachtes Verfahren einzuführen. Bisher wurden bereits 125 Freisetzungen danach durchgeführt, obwohl die gesetzlich vorgeschriebene Durchführungsverordnung zur Regelung des vereinfachten Verfahrens von der Bundesregierung noch nicht vorgelegt wurde. Beim vereinfachten Verfahren wird (nur noch) der Erstantrag nach dem Standard-Verfahren (mit seinen begrenzten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung) bearbeitet. Für alle weiteren Freisetzungen mit demselben gentechnisch veränderten Organismus entfällt jegliche Genehmigung, sie müssen dem Robert-Koch-Institut als zuständiger Behörde lediglich gemeldet werden. Wenn dieses keinen Einspruch erhebt, können die Versuche bereits 15 Tage später starten. Folgen: Die Einzelfall-

prüfung entfällt. 15 Tage sind zu kurz, um über Risiken bei nachträglich gemeldeten Standorten zu befinden, die anderen lokalen Bedingungen unterliegen. Da die Nachmeldungen nicht einmal mehr bekanntgegeben werden müssen, können die Freisetzungen unbemerkt durchgeführt werden. Derzeit laufen an zwei Freisetzungstandorten Klagen gegen das vereinfachte Verfahren.

Weitere Auskünfte bei Henning Strodthoff, GeN, Schönweider Str. 3, 12055 Berlin, 030/6858030, Fax 6841183. (Ausschnitt aus Artikel Vereinfachtes Verfahren im GeN-Rundbrief 19, Zusätze in Klammern durch d. Red.)

Neue Gentech Verordnungen

Am 28.8.97 hat das Bundeskabinett zwei Verordnungen beschlossen, um europäisches in deutsches Recht umzusetzen: die detaillierte Regelung der Angaben über die Veränderung von gentechnisch veränderten Organismen in Anträgen zur Inverkehrbringung derselben und die Regelung der Informations- und anderer Verpflichtungen der Betreiberfirmen bei Gentechnik-Unfällen. (aus GeN-Rundbrief 19)

Patentrecht verschärfen!

Im Büro von "Kein Patent auf Leben" kann ein Musterbrief an Bundesjustizminister Edzard Schmidt Jortzig bestellt werden. Damit wird er aufgefordert, sich im EU-Ministerrat am 27. November für eine Verschärfung des bestehenden Entwurfs der Patentierungsrichtlinie einzusetzen, bevor diese in zweiter Lesung im Europaparlament verabschiedet wird.

Weitere Informationen bei: Kein Patent auf Leben, Frohschammerstr. 14, 80870 München, 089/36751842, Fax 3596622. (aus GeN-Rundbrief 19)

Verfahren gegen FreisetzungskritikerInnen: Rechtshilfefonds

Der Sommer 1997 brachte einen Anstieg von Freisetzungen nach dem vereinfachten Verfahren und eine wachsende Zahl von polizeilichen und gerichtlichen Repressionen gegen FreisetzungskritikerInnen. Aus Anlaß eigener Erfahrungen beabsichtigt jetzt eine niedersächsische Initiative, einen bundesweiten Fonds zur Finanzierung auftretender Gerichtskosten einzurichten. Aufgrund einer Feldbesetzung durch "Die Rübenschösser" im April und Mai leitete die Firma Monsanto trotz großer öffentlicher Unterstützung der Aktion gegen die AktivistInnen ein zivilrechtliches Verfahren ein. Um die Jungendlichen stellvertretend für alle anderen Besetzungen zur Rechenschaft zu ziehen, strebt

die Firma das gerichtliche Hauptverfahren an. Dieses aber können die Betroffenen finanziell nicht überstehen. Für den Fonds werden Einlagen und VerwalterInnen gesucht.

Kontaktaufnahme über die Projektwerkstatt AbraXas, Timo Vogt, Marschorstr. 56, 29451 Dannenberg, 05861/2527, Fax ebenso. Außerdem ansprechbar: Susanne Ritters, Zur Marsch 2, 31867 Schmarrie, 05043/2265, Fax 5720. (aus GeN-Rundbrief 19)

Eichel pöbelt gegen GengegnerInnen

Am 11. und 12. November lädt die Landesregierung im Rahmen der Reihe "Hessen im Dialog" zu einer kritischen Debatte zur Gentechnik ein. Im Einladungsblatt stehen sich im Pro&Contra bereits der künftige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, und die Gentechnikexpertin des Öko-Instituts, Beatrix Trappeser, gegenüber. Das Vorwort von Ministerpräsident Hans Eichel macht aber klar, wo die Landesregierung steht. Darin werden nicht nur rosige Aussichten für die Gentechnologie beschworen, sondern GengegnerInnen als unsachlich und unintelligent angegriffen. Die Zitate: "Hessen ist einer der wichtigsten Standorte der Bio- und Gentechnologie in Deutschland und hat dieser internationalen Branche die besten Ausbauchancen zu bieten. Sehr guten technischen und wirtschaftlichen Prognosen steht aber teilweise eine erhebliche Skepsis in der Bevölkerung und bei kritischen Wissenschaftlern gegenüber. ... Angesichts der epochalen Herausforderungen einer globalen Technologie ist dabei anstelle des fruchtlosen Streits der intelligente sachliche Diskurs gefordert."

Neue Risikostudie zu Gen Raps

Raps wurde 1997 in knapp über der Hälfte der 161 Freisetzungsversuche angebaut. Sein ökologisches Gefährdungspotential wird wegen kilometerweitem Pollenflug als besonders hoch eingeschätzt. Exemplare einer verwandten Wildpflanze haben in Dänemark bereits das manipulierte Erbmateriale übernommen. Die genauen Übertragungswege und Risiken sind unbekannt. Das Öko-Institut hat eine in ihrer Umfassenheit bislang unerreichte Studie vorgelegt, die die Flora und Fauna eines Standortes erfaßt und auf die Bedrohung ökologischer Saatgutproduktion eingeht.

Die Studie "BASTA-resistenter Raps -vertikaler und horizontaler Gentransfer" (114 Seiten, DM 28,-) und weitere Informationen beim Öko-Institut, Binzengrün 34 a, 79114 Freiburg, Bereich Gentechnik Barbara Weber und Claudia Eckelkamp unter 0761 4529522.

Zeitschriftenschau

Umweltnachrichten 75/97
-Volksbegehren "Gentechnikfrei aus Bayern" (S. 2-3)
-Neue Ausstellung "gut statt Gen" (S. 4)
-Am Anfang war die Krebsmaus. Novellierung des Patentrechts. Verhindert die Patentierung von Leben! (S. 23-28)

ÖkolinX Nr. 26 (S. 59-64)
Zur Frage der neuen Lebensmittel, die mit Tricks den Kontrollen und Kennzeichnungen entzogen werden, sowie zu Strategien von Firmen und einigen linken Gruppen, die sich mit der Gentechnik zu arrangieren beginnen.

Umweltnachrichten 73/97
Texte zum Thema Klone, Kampagne gentechnik-freies Bayern (S. 7-14)

Neue Zeitschrift in Planung

Mitte November erscheint die Nullnummer der Zeitschrift "BioSkop Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften" mit den Schwerpunkthemen Transplantationen nach dem neuen Gesetz und Stand der Bioethik-Konvention. Ferner geht es in den geplanten 16 Seiten um Forschung an KompatientInnen und politische Aktionen. Vierteljährliches Erscheinen geplant. Voraus-Abos gesucht. Weitere Informationen sowie philosophisch-kritische Rundbriefe zu den Themen Transplantationen, Technik der Zukunft, Patientenverfügungen und Lebensqualität bei BioSkop Erika Feyerabend Grendplatz 4 45276 Essen Tel. 0201/512647.

Alphabetische Liste der Freisetzungsstandorte: (neue Standorte sind hervorgehoben)

Achshelm (Langweid (a Lech) -Achshelm, Bay, PLZ 86462)
Aschersleben (SA, PLZ 06449),
Benfeld (NRW, PLZ 33129),
Bernstadt Butzenhöfe (BW, PLZ 89183)
Bockelwitz (Sa, PLZ 04703),
Bochum (NRW)
Bodenheim (RPF, PLZ 55294)
Bönen (NRW, PLZ 59199),
Boitmersdorf (SA, PLZ 39164),
Braunschweig (FAL, Nds.),
Brenken, Büren (NRW, PLZ 33142)
Buggingen (BW, PLZ 79426),
Burghagen (bei Kleinow, Bra, PLZ 19348)
Burgheim Straß (Bayern, PLZ 86666)
Crostwitz (Sa, PLZ 01920),
Dahmsdorf (Bra, PLZ 14806),
Düngstrup (bei Wildeshausen Nds, PLZ 27793),
Ebersheim (Mains, RPF),
Eichenau/Olching (Bay, PLZ 82223),
Friemar (Thü, PLZ 99869),
Gatersleben (SA, PLZ 06466),
Gaußig (Sa, PLZ 02633),
Gehden (Nds, PLZ 30989),
Gerbitz (SA, PLZ 06429)
Gersten (Nds, PLZ 49838),

Gersthofen (Bay, PLZ 86368),
Goldewin / Lüssow (MV, PLZ 18276)
Golm (Bra, PLZ 14476),
Groß Kiesow (Groß-Kiesow/Sanz-Hof III, MV, PLZ 17495)
Groß Luchkow (MV, PLZ 17337)
Groß Lüsewitz (MV, PLZ 18190),
Großbaadegast (SA, PLZ 06369),
Großhansdorf (SH, PLZ 22927),
Hechtsheim (Mainz, RPF),
Hohlstedt (Thü, PLZ 99441),
Hülsede, OT Schmarrie (Nds, PLZ 31867),
Iba bei Bebra (Hessen, PLZ 36179)
Johannisdorf (SH, PLZ 23758),
Klefkamp (SH, PLZ 24327)
Kirchdorf / Malchow (Insel Poel, MV, PLZ 23999)
Köln (MPI Köln, NRW),
Königsfluter (Nds, PLZ 38154)
Laurensberg (bei Aachen, NRW),
Lelm (Nds, PLZ 38154),
Lockhausen bei Bad Salzuflen (NRW)
Malchow (Insel Poel, MV)
Malchow (MV, PLZ 17213)
Mockzig (bei Altenburg, Thü, PLZ 04603)
Meadow (MV, PLZ 17391),
Meschede Horbach (NRW, PLZ 59872)

Nandlstadt Wadensdorf (Bay, PLZ 85405)
Neuhaus (Oste) (Nds, PLZ 21785)
Nürtingen (BW, PLZ 72622),
Oberboyen (Hilgermissen, Nds, PLZ 27318),
Oberviehhausen (bei Plattling, Bay, PLZ 94447),
Ochsenfurth-Erlach (Bay, PLZ 97199)
Planitz (Sa, PLZ 18356),
Pöhsig (bei Grimma, Sa, PLZ 04668)
Quedlinburg (Thü, PLZ 06484),
Rahnsdorf (SA, PLZ 06895),
Renningen (BW, PLZ 71272),
Rukieten (MV, PLZ 18258),
Rubkow (MV, PLZ 17390),
Scharnhorst (Nds, PLZ 31535)
Schönfeld (Bra, PLZ 16356),
Schroberg Sigisweiler (BW, PLZ 74575)
Soßmar (Nds, PLZ 31249),
Tarnow (MV, PLZ 17091),
Tempelfelde (Bra, PLZ 16356)
Uffenheim (Bay, PLZ 97215),
Wolkow (bei Demmin, MV, PLZ 17111)
Warberg (Nds, PLZ 38378)
Werze (Nds, PLZ 37574),
Wipplingen (BW, PLZ 89134),
Wölfersheim (Hessen, PLZ 61200),
Wörstadt (RPF, PLZ 55286)

Themenredakteur "Gentechnik":

c/o Thomas Schmidt
Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck
Tel. 0451/7070646
Fax 0541/7020748 (mit
deutlichem Hinweis
"An Thomas Schmidt")



Zeitschriftenschau

Umweltberatung aktuell
Nr. 4/97 (S. 8-9)
Bericht über erste Erfahrungen mit dem kommunalen Öko-Audit.

Umweltberatung aktuell
Nr. 6/97 (S. 2-5)
Leitgedanken zu nachhaltigem Verbraucherverhalten, Marktordnung, Politik und Umweltberatung.

Termine

NETZ-Mitgliederversammlung
Am 7.11.1997 findet von 13-18 Uhr im Ökohaus in Frankfurt in der Kassler Straße 1a die netz-Mitgliederversammlung statt. Im Mittelpunkt steht das Thema "Ökologie und Partizipation - zwei Gesichter zukunfts-fähigen Wirtschaftens" mit Kurzvortrag, Präsentation des Buches und Diskussion der Projektergebnisse. Auch Nichtmitglieder des netzes sind als Gäste willkommen. Es wird aber um Anmeldung gebeten ans netz, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt a.M. Fax 069/295432

14.-16.11. in Hamburg
Alternative Ökonomie
Infos: Peer Soehring
Schenefelder Landstr. 41
22587 Hamburg

12.-16.12. in Lüneburg
Seminar "Tauschringe"
Info: Jugendumweltbüro
Beim Kalkberg 7
21339 Lüneburg
Tel. 04131/66295

Januar 98 in Verden
Seminar "Lokale Ökonomie als Alternative zu Arbeitslosigkeit und Umwelzerstörung"
Infos: Bildungsgruppe
Herrlichkeit 1
27283 Verden

Themenredaktion "local economy":
Jutta Sundermann
Alte Reihe 16
27313 Dörverden
Tel. 04234/9403-6, Fax -5

Food Coops: Handbuch in Arbeit

Bei der Food-Coop "Wilde Wurzel" in Trier sind über 200 Menschen Mitglied. Die Coop hat einen richtigen Laden mit normalen Öffnungszeiten und ein bezahltes Ladenteam. Zur Food-Coop "Vielfraß" kommen bei der wöchentlichen Öffnungszeit am Mittwochabend rund 15 Biofutter-Fans in einen kleinen Keller unter einem Studentenhaus. Dennoch verbindet beide Gruppen dieselbe Idee: Sie haben sich zusammengeschlossen, um Bio-Lebensmittel preisgünstig einzukaufen, möglichst viele davon direkt aus der Region zu beziehen und sich so gemeinsam für den ökologischen Landbau stark zu machen.

Wie eine solche Food-Coop entstehen kann, Tips und Tricks zu Gründung, Ein- und Verkauf, Öffentlichkeitsarbeit und vielem mehr, soll jetzt in einem Coop-Handbuch zusammengefaßt werden. Herausgeberin ist die Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-Cooperativen (BAG), die auch sonst für Fragen zum Thema offen ist.

Kontakt: BAG, Annette Hoffstiepel, Im Mailand 131, 44797 Bochum, Tel. + Fax 0234/797831.

Tauschringe

"Geld regiert die Welt!" Aber nicht mehr uneingeschränkt, wenn Menschen vor Ort anfangen, auch ohne Geld zu handeln. In fast 200 Tauschringen tauschen derzeit Menschen Dienstleistungen und mehr. Haarschneiden, Babysitting, Renovierungshilfen, Computerreparatur und vieles mehr können sie anbieten. Jede Hilfeleistung für ein anderes Tauschringmitglied wird auf einem persönlichen Zeitkonto gutgeschrieben, jede Inanspruchnahme abgebogen.

In vielen Orten können sich schon angenehme und dringende Tauschleistungen, jede Tätigkeit wird gleich bewertet, die Nachbarschaftshilfe bekommt einen neuen Stellenwert und kann aufblühen.

Ständig aktualisierte Adressenlisten der bestehenden Tauschringe gibt es per Faxabruf:
06032/9108-2910 für alle Adressen im PLZ-Bereich 0 49999
06032/9108-2920 für alle Adressen im PLZ-Bereich 50000-99999

Einfach mit dem eigenen Faxgerät die Nummer auswählen, dann auf "Start" drücken, mehrere Seiten mit Adressen in.

Rechtssituation von Tauschringen im Tauschring Ärger mit dem Sozial bzw. Arbeitsamt einhandeln?

Tauschringe können gerade für Menschen, die wenig Geld haben wichtige Einrichtungen werden. Wer würde sich schon bei spärlicher Sozialhilfe eine teure Massage leisten oder ohne mehrfaches Nachrechnen die BabysitterInnen anfordern?

So hat die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) in einer Stellungnahme für PaySys in Frankfurt betont, daß auch das Tauschen nicht mehr als 18 Wochenstunden Zeit in Anspruch nehmen darf, wenn Arbeitslosengeld oder hilfeempfängerInnen solche bleiben wollen. Arbeitslosigkeit läge dann, bei Überschreiten der "Kurzzeitigkeitsgrenze" nicht mehr vor. Außerdem müßten Einnahmen über 30 DM die Woche angerechnet werden, und vom BfA-Geld abgezogen werden.

Dem halten aber Tauschring-ExpertInnen entgegen, daß die Tauschringaktivitäten unter "Tätigkeiten ohne nennenswerte wirtschaftliche Bedeutung" (§101 AfG) fallen und bei der Ermittlung der Kurzzeitigkeit gar nicht in Betracht kommen. Denn den Tauschhandel rechnen sie den Tätigkeiten zu, "die nicht unmittelbar Erwerbszwecken, sondern ideellen oder religiösen Zwecken dienen" (und solche üben auch ArbeitnehmerInnen aus).

Das Argument, daß die Arbeit von Tauschringen auch eine ideale ist, daß von einem Ehrenamt gesprochen werden kann, dessen Ziel in der Verbesserung der Nachbarschaftshilfe, des

net, wenn sie "ohne rechtliche oder sittliche Verpflichtung" erbracht werden oder eine besondere Härte vorliegt (hier: weil die Zuwendung durch Arbeit verdient wurde).

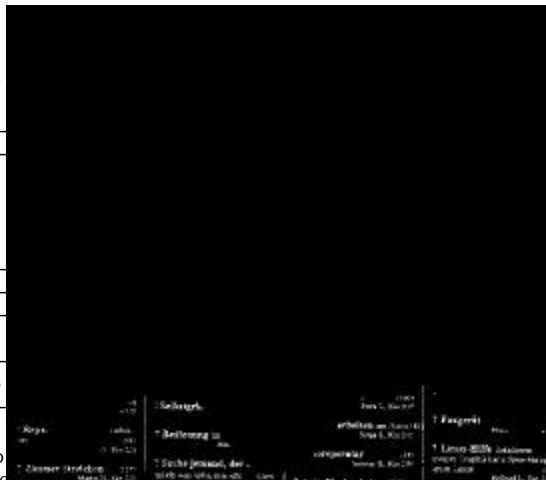
Im Falle eines sehr hartnäckigen Sozialamtes raten ExpertInnen zur Flucht nach vorn: Wer anrechnen muß, kann einen Mehrbedarf wegen Erwerbsarbeit geltend machen - der Sozialhilfefeszatz steigt und auch Werbungskosten und Arbeitsmittel können abgezogen werden.

Weitere aktuelle Rechtstips sowie viele spannende Hintergründe zur Tauschringarbeit, Hilfen zur Gründung und eine Sammlung von Unterlagen bestehender Tauschringe finden sich in der übersichtlichen Broschüre "Ohne Moos geht's los", herausgegeben vom Netzwerk Selbsthilfe und dem Kreuzberger Tauschring. Zu beziehen über Netzwerk, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, 030/6913005.

Landwirtschaftsfonds von BUND und GLS Bank Biohöfe wirksam unterstützen

Viele Biohöfe kommen irgendwann in finanzielle Schwierigkeiten - sei es durch dringend notwendige Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten oder durch ungeplante Ernteausfälle, veränderte Nachfrage usw. Dagegen gibt es viele Menschen, die Geld haben und nicht genau wissen, wie sie es anlegen wollen. Wenn sie zusätzlich ökologischen Landbau und Direktvermarktung unterstützen wollen, dann kann der Landwirtschaftsfonds das Richtige für sie sein: AnlegerInnen zeichnen Anteile im Landwirtschaftsfonds, der 25 Demeter- und Bioland-Höfen in der gesamten Republik zugute kommt. Ihre Anlage (ein Anteil 5000 DM, Mindestbeteiligung 2.500 DM) wird jährlich mit einem Warengutschein im Wert eines guten Bio-Warenkorbes "verzinst". Die gesunden Bioprodukte können bei jährlichen Kennenlernfesten auf den Höfen abgeholt oder aber bei einem Bioladen gegen den Gutschein eingetauscht werden. Die Fondsanteile stellen eine Übergangsform von Beteiligung und Schenkung dar. Normalerweise sind sie unkündbar und nach dem Tod des/r AnlegerIn wird das Geld dem Fonds übereignet. 3,5 Millionen DM sollen so für Biolandbau zur Verfügung gestellt werden. Damit der Bezug zum "selbstgeführten Hof" nicht zu leicht verloren geht, ist der bundesweite Gesamt-Fonds in drei Regionen unterteilt.

Weitere Infos: Gemeinnützige Treuhandstelle, Oskar-Hoffmann-Str. 25, 44789 Bochum, Tel. 0234/30793-0.



hies "Orts- oder Stadtteil"es liegt, ist auch vor dem Sozialamt ein Argument.

Damit die Amtsfrauen und -männer tauschen den SozialhilfeeempfängerInnen nicht mit dem Rotstift kommen, haben Rechtskundige weitere Begründungen zusammengetragen:

-Die Gutschriften auf dem Tauschringkonto sind kein universelles Zahlungsmittel.

-Der Tausch ist Vertrauenssache, es besteht kein Rechtsanspruch auf Gegenleistung (also eine andere Situation als bei z.B. einem Arbeitsvertrag).

-Die Gegenleistungen kommen irgendwann sind also höchstens als "fiktive Einnahmen" zu verbuchen - und solche werden nicht angerechnet.

-Die meisten Hilfen können als Nachbarschaftshilfe gesehen werden - da ist es nicht richtig, von einem finanziellen Marktwert zu sprechen.

-Auch als "Leistungen Dritter" haben schon Tauschring-Aktive ihre "Einnahmen" erfolgreich deklariert. Solche werden nicht angerechnet.

Hintergründe zur Themenrubrik:

Lokale Wirtschaft als ein Teil der Alternative gegen Umwelzerstörung, Ausbeutung und Arbeitslosigkeit

Firmen wirtschaften immer internationaler, immer globaler. Rücksichtslos werden die billigsten Ressourcen von jeder Stelle des Erdballs zu jeder anderen transportiert. Menschenrechte, Umweltschutz und lokale Märkte bleiben auf der Strecke. Die Regierungen sind bemüht, den Global-Multis immer neue Investitionsanreize zu bieten, bestehende Regelungsgesetze zu demonstrieren, um noch mehr Wachstum zu ermöglichen. Daß sie so Arbeitsplätze vernichten statt sichern und überall die Schwächeren (selen es Menschen, die ihre Arbeitskraft und Selbstbestimmung billig verkaufen müssen, oder die Natur, die sich nicht wehren kann) die VerliererInnen sind, scheint nicht berücksichtigt zu werden. Menschen und Gruppen suchen nach alternativen Ansätzen für eine faire Wirtschaft. Vor Ort unterstützen sie DirektvermarkterInnen und schaffen soziale und sinnvolle Arbeitsplätze. Sie schließen sich in Tauschringen zusammen, um gegenseitig praktische Dienstleistungen zu tauschen. Über ein Tauschkonto werden Leistungen gutgeschrieben und Inanspruchnahme abgebogen. Haarschneiden gegen Rasenmähen gegen Babysitting oder eine Computerreparatur. In vielen Orten sind es Umweltaktive, die Food-Coops initiieren und so gemeinsam mit anderen billiger Bio-Lebensmittel einkaufen - Lebensmittel von ProduzentInnen aus der Region, ohne weitere Transporte, ohne unnötige Verpackungen, gesund und fair.



Abb.: Tauschringe verknüpfen die Fähigkeiten der beteiligten Personen - direkt oder auf vielfältige Weise im "Rundtausch".

Oben: Viele Tauschringe haben eine "Marktzeitung", in der die Menschen ihre Dienstleistungen/Mitarbeit anbieten oder um Hilfe fragen können.

Zusammenarbeit zwischen Food Coops und Tauschringen

Zusammen wird ein Schuh daraus: Tauschringe überwinden den Zwang, für alles Geld zahlen und verlangen zu müssen. Food-Coops sind Zusammenschlüsse von Menschen, die biologisch und günstiger einkaufen, aber auch ein Gemeinschaftsprojekt angepackt haben, das sie unabhängiger macht von der Diktatur der Supermärkte, Handelsketten und Riesen-Transporte. Food-Coops arbeiten ansonsten mit Geld – so daß ein Austausch, ein Einbeziehen von Lebensmitteln in Tauschringe bzw. von Tauschgeschäften in Coops kaum möglich erscheint. Dennoch gibt es Versuche:

In Dortmund sitzen Tauschring "Gib und Nimm" und die Food-Coop "Gurkenfieber" in einem Haus. Zur Erntezeit riefen sie gemeinsam die Aktion "Pflücken-kochen-schmecken" ins Leben. Getauscht und gehandelt werden jetzt volle Gärten und fertige Marmeladen. Dabei ist es egal, in welcher der beiden Gruppen die Menschen mit zuviel Obst oder Lust aufs Einkochen Mitglied sind.

Kontakt: Heidemarie Schwermer, Lindemannstr. 84, 44137 Dortmund, Tel. 0231/9128993 (Di 18-20, Do 10-12 Uhr).

Die Idee "Bio-Fiden-Scheck" stammt von Aktiven der Food-Coop "Maiskolben" und des Tauschrings "Tausch-Watt", beide Bremen. Umgesetzt ist der Vorschlag allerdings noch nicht. Kern des Konzeptes: Menschen, die auf Biohöfen mitarbeiten (nicht nur im Stall oder auf dem Feld, auch beim Babysitten oder Tapezieren), erhalten ihre Arbeit auf Bio-Fiden-Schecks gutgeschrieben – und zwar in Kilogramm Bioweizen. Mit dieser Gutschrift können sie im Laden der Food-Coops den Weizen oder andere Waren im gleichen Wert kaufen. Und der Laden kauft mit den "Schecks" dann wieder beim Bio-Bauern ein ... Auf diese Weise kommen neue Leute in den Laden, gleichzeitig kommen die LandwirtInnen in den Genuß diverser Dienstleistungen, die sie günstig erhalten.

Info: Horst Eitmann, Bruchhausener Str. 2c, 28277 Bremen, Tel. 0421/820520.

Studie zu Weinen

Wein aus Übersee benötigt selbst bei Verschiffung mindestens dreimal soviel Transportenergie wie solcher aus Europa – und selbst innerhalb Europa gibt es Unterschiede bis zum 1,5fachen. Wein aus der Region ist also deutlich umweltgünstiger. Wenn er dann auch noch "Bio" ist ...

Info: Delinat GmbH, Blumenring 5, 76746 Jockgrim, Tel. 07271/520-86, Fax 41.

Partizipative Umweltunternehmen

Partizipation und damit Identifikation der MitarbeiterInnen sind eine unbedingte Voraussetzung für ökologisch ausgerichtete Unternehmen. Nur so läßt sich eines der wichtigsten Ziele des Aufbaus eines Umweltmanagementsystems erreichen: die unter ökologischem Blickwinkel kontinuierliche Verbesserung der Produktion oder des Vertriebs. Eine Studie, herausgegeben vom netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, arbeitet anhand von 50 Einzelfallstudien aus den Branchen Energie, Ernährung, Verkehr und Bauen die Zusammenhänge von Ökologie und Partizipation heraus.

Die 50 Fallbeispiele können im Bereich Ökologie und Partizipation als Pionierbetriebe eingestuft werden. Ihr Spektrum reicht vom ökologischen Baumarkt über Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und Recyclingunternehmen bis hin zur Fahrradmanufaktur. Bei ihnen geht der Grad der Partizipation weit über das hinaus, was bei herkömmlichen Unternehmen praktiziert wird.

netz (Hg.): Ökologie und Partizipation. Zwei Gesichter zukunfts-fähigen Wirtschaftens,

Entpuppt sich das Öko Audit als Trick?

Kritik am Öko-Audit gibt es schon lange: Freiwillige Regelungen sind bei Konzernen, die auf Gewinnmaximierung ausgelegt sind, eine heikle Sache. Umweltschutz war in der Vergangenheit meist nur ein Werbetrick. Maximaler Imagegewinn mit möglichst wenig tatsächlichen Veränderungen – so hieß die Devise.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert nun, daß öko-auditierte Betriebe weniger behördlich kontrolliert werden sollen. Einzelne Landesregierungen planen entsprechende Gesetze. Wenn das kommt, können sich vor allem die Großbetriebe (denn das Öko-Audit kostet vor allem Geld!) von den letzten Kontrollmaßnahmen freikaufen. Fortan müssen sie dann selbst Abgase und Abwasser.

Unfall im BAYER Werk Dormagen

Nachwievor ungeklärt sind Hergang und Folgen des Dormagener Unfalls. Dort waren Anfang Juli 12 Tonnen des krebserregenden Stoffes Toluylendiamin (TDA) ausgetreten. Verschiedene Umweltverbände haben daher einen offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten geschickt (siehe auf dieser Seite).

Nähere Infos: Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG), Postfach 150418, 40081 Düsseldorf, Tel. 0211/333911.

Entwurf einer Menschenrechts Charta

Am Beispiel des multinationalen Konzerns BAYER hat das "Permanent Peoples' Tribunal", ein internationaler, unabhängiger Gerichtshof mit 7 bis 11 RichterInnen und ca. 50 weiteren ExpertInnen, ein Charta entworfen, in der das Recht der Menschen gegenüber Konzernen festgeschrieben werden soll. Die Charta enthält Regelungsvorschläge für den freien Zugang zu Informationen, Beteiligungsrechte für die ArbeiterInnen, Rechte von UreinwohnerInnen, auf Schulungen und Unterstützung. Im Anhang finden sich die Untersuchung der BAYER Katastrophe 1992 in Brasilien sowie weitere Dokumente, Reden usw.

Die Broschüre "Menschenrechte + Industrie-gefahren" enthält den Text in Deutsch und Englisch. Erhältlich ist sie bei der Coordination gegen BAYER-Gefahren (s.o.).

Forschung für die Umwelt

Anfang September hat das Bundeskabinett das Programm "Forschung für die Umwelt" verabschiedet. Es wurde vom Forschungs- zusammen mit dem Umweltministerium erarbeitet. Das Programm umfaßt erstmalig sämtliche Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung und Finanzierung der Umweltforschung. Es will Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft anstoßen.

Was die Bonner PolitikerInnen für wichtig halten, ist an den Zielen des Forschungsprogrammes zu sehen. Dort werden (in dieser Reihenfolge) folgende drei Schwerpunkte genannt:

1. Die Schöpfung bewahren.
2. Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen.
3. Umweltschutzdividenden auszahlen.

Für das Programm stehen jährlich rund 1 Mrd. DM zur Verfügung, davon 3/4 beim Forschungsmittelministerium. Unter dem ersten Punkt sind verschiedene Unterpunkte zusammengefaßt, so unter anderem Schadstoffanalytik und -forschung sowie flächenbezogene Projekte.

Info: Bundesforschungsministerium, Bundesumweltministerium.

Sonderheft Chemie & Gentechnik

Im Frühjahr dieses Jahres erschien unter dem Titel "Umwelt: Chemie und Gentechnik" eine Zusammenstellung interessanter Texte zu diesen beiden Themenkomplexen. Schwerpunkte sind die IG-Farben-Geschichte, Berichte aus den Konzernen Hoechst, Bayer und Schering sowie Reportagen zum PVC, zur Gentechnik usw. Ergänzt wird das Heft durch einen Adressenteil.

Ein Einzelheft kann gegen 3,-DM in Briefmarken bei der MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld bezogen werden. Für Weiterverkäufer gibt es ab 10 Hefte besondere Rabatte.

100 Jahre Raubbau

Verschiedene Umweltorganisationen wollen zum 100jährigen Jubiläum des Konzerns RWE ihre Kritik an der Firmenpolitik deutlich machen. Dazu ist jetzt ein Koordinationsbüro geschaffen worden.

Koordination: Henry Mathews, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel. 0221/599-5647, Fax 4024.

An Herrn
Ministerpräsident Johannes Rau
...

14. Oktober 1997

Offener Brief zum Störfall im BAYER Werk Dormagen am 30. Juni 1997

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch drei Monate nach dem Großunfall im Dormagener BAYER-Werk, bei dem 12 Tonnen krebserregendes Toluylendiamin (TDA) ausgetreten sind, wartet die Öffentlichkeit auf wichtige Informationen zu dem Vorgang. Trotz wiederholter Nachfrage machen weder der BAYER-Konzern noch die zuständigen Behörden Angaben über die Ursache des Unfalls, seinen Verlauf und die Gefahren für die Bevölkerung, ebenfalls unbekannt bleiben die entstandenen Brandgase. Obwohl die Firma BAYER auch drei Monate nach dem Unfall den gesetzlich vorgeschriebenen Bericht an das Staatliche Umweltamt nicht abgeliefert hat, wurde die betroffene Anlage vor mehreren Wochen wieder in Betrieb genommen – eine Wiederholung des Unfalls ist nicht auszuschließen.

Die Untersuchungsergebnisse der Umweltämter, der Kriminalpolizei und des TÜV Rheinland lagern in den Schubladen. Wir fordern die nordrhein-westfälische Regierung auf, einen Bericht mit sämtlichen vorliegenden Informationen über den Unfall vorzulegen und Wege für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung aufzuzeigen. Es dürfen keine gefährlichen Stoffe über die Werksgrenzen gelangen! Den zunehmenden Gefahren, die von chemischen Anlagen ausgehen, muß entgegengetreten werden, selbst wenn dies zu Konflikten mit den Betreibern führt!

Als erster Schritt muß drauf hingearbeitet werden, daß risikoreiche Anlagen mit einer doppelten Hülle gesichert werden. Denn obwohl Leckagen in druckführenden Rohren zu den häufigsten Ursachen von Störfällen gehören, bleibt bei BAYER eine Ummanterlung von Anlagen und Leitungen bisher die Ausnahme. Außerdem müssen die AnwohnerInnen und Anwohner gründlich über die Gefahren informiert werden, wie es auch §11 der Störfallverordnung verlangt. Hierzu gehört unter anderem eine detaillierte Aufzählung aller produzierten und gelagerten Stoffe, mit Mengenangaben und potentiellen Gesundheitsgefahren. Auf die lange Sicht muß das Ziel aber sein, daß gefährliche Anlagen aus Wohngebieten verlagert werden.

Mit der Bitte um rasche Antwort verbleiben
Philipp Menkes (CBG), Jörn Lutat (BUND), Wolfgang Kühr (BBU)

"local economy"

Buchtipps:

Ein praktisches Handbuch
LETSysteme und Tauschringe, Paysys, Irm Uhrig 7, 60433 Frankfurt. 37 DM gegen Vorauskassese.

Zeitschriftenschau

bankspiegel 3/97
-Alternative Wohn- und Eigentumsformen (S. 7-11)

Informationsdienst Arbeitsmarkt Umweltschutz

Wöchentlich (!) gibt der Wissenschaftsladen Bonn eine Übersicht über freie Stellen im Umweltschutz heraus. Dazu werden Tagesstellungen sowie sonstige Stellenangebote ausgewertet und in einer Übersicht dargestellt. Zu jeder Stelle sind die Voraussetzungen, Adresse, Aufgaben, Gehalt sowie Adresse und Bewerbungsfrist notiert.

Der Bezugspreis beträgt monatlich 25,-DM für Einzelpersonen bzw. 65,-DM für Organisationen (je 4 Ausgaben).

Info und Probeheft beim Wissenschaftsladen Bonn, Buschstr. 85, 53113 Bonn, Tel. 0228/20161-0, Fax 265287.

Forum (AG SPAK), Okt. '97
-Verschiedene Texte zu Tauschringen (S. 3-8)

Adresse:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Frau Karin Schröder, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt, Tel.: 069/288716 oder Dr. Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023, Fax: 0761/709084

"Chemie, Industrie"

Zeitschriftenschau

BBU-Wasserrundbrief Nr. 428+429
-Verschiedene Texte zum Öko-Audit

Themenredaktion

"Chemie":
Leider niemand ...



NABU: Gegen Autobahn 4 im Leutratal

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) will juristische Schritte gegen den geplanten Neubau der Autobahn 4 durch das thüringische Leutratal bei Jena prüfen. Das Tal sei das artenreichste Gebiet wildwachsender Orchideen nördlich der Alpen und habe Bedeutung für ganz Mitteleuropa. Verkehrsminister Wissmann interessieren die 27 Orchidensorten allerdings wenig, er will die schlimmsten aller Transsvarianten durchboxen.

Zeitschriftenschau

Natur und Landschaft

(9/1997)
-Bedeutung von Totholz für Morphologie, Besiedlung und Renaturierung mitteleuropäischer Fließgewässer
-IO. Vertragsstaatenkonferenz für das Washingtoner Artenschutzabkommen

Natur und Landschaft

(10/1997)
-Leitbilder für die Landschaftsrahmenplanung - dargestellt anhand von Überlegungen für Hessen

Grünstift (10/1997)

-"In der Zwangsjacke"
-Meinungen über die Konsequenzen aus der Oederflüt

Ökowerkmagazin

-Brauchten Pilze Schutz?
-Hochwasser an der Oder
-Nachhaltiger Tourismus
-Millionenschäden durch Kormorane?

Zeitschrift für Umweltrecht

(5/1997)
-Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und Baurecht im Wandel der Zeit (ein guter Grundagentext für alle, die sich mit Bebauungsplänen und Naturschutz auseinandersetzen)

Naturschutz heute

(5/1997)
-Nationalparks unter Druck
-Angst vor der Wildnis
-Hochwasser: Flüsse brauchen Raum

IOBE-Mitteilungen

-Schwerpunkt: Stadtökologie
-Neue Natur Ruhr

Termine

18.11. in Bonn
Symposium zur ökologischen Stadtentwicklung
Info: FLL
Tel. 0228/6900-28
Fax -29

24.-26.11. in Lünen
Umweltrecht für Naturschutzfachleute
Info: Natur- und Umweltschutz-Akademie, Tel. 02361/305-1
Fax -340

4.12. in Hannover
Bodenabbau und ökologische Planung
Info: LBU,
Tel. 0511/3681520

BUND: Klage gegen A 20 Brückenbau

Gegen den vom Wirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern vorgelegten Planfeststellungsbeschluss für den Bau einer 6,5 Kilometer langen Autobahnbrücke durch das Peenetal will der BUND Klage einreichen. Das Peenetal als eines der wertvollsten "Flußmoore" Europas ist nach der FFH-Richtlinie geschützt und wurde in das Schutzgebietssystem Natura 2000 aufgenommen. Daher plant der BUND auch eine Beschwerde bei der EU. Der BUND besitzt ein Grundstück im Peenetal und hat daher das Recht zur Klage, das ihm als Naturschutzverband nicht zustehen würde, weil im Landesnaturschutzgesetz keine Verbandsklage vorgesehen ist.

FFH Gebietslisten

Deutschland wird häufig als Umwelt-Musterland gehandelt. Bei der Ausweisung der Schutzgebiete nach der Flora-Fauna-Habitat(FFH)-Richtlinie der EU für das Schutzgebietssystem Natura 2000 ist Deutschland dies allerdings mitnichten. Eigentlich sollten die EU-Mitgliedsstaaten bis Juni 1995 der Europäischen Kommission ihre Listen der Schutzgebiete zukommen lassen. Erst in den letzten Monaten ist die Bundesregierung dieser Aufforderung endlich nachgekommen - mit einem mehr als bescheidenen Angebot. 1.176 Quadratkilometer Fläche, gerade mal 0,3 Prozent der Landesfläche, wurden an die EU weitergeleitet. Damit ist Deutschland Schlusslicht im europäischen Vergleich (nur Frankreich und Luxemburg haben noch gar keine Listen abgegeben). Spitzenreiter sind Dänemark (25,5% der Landesfläche) und Griechenland (mit

20,3% der Landesfläche). Zusätzlich liegen die meisten Gebiete richtlinienwidrig innerhalb von bestehenden Schutzgebieten. Der LBV weist darauf hin, daß, abgesehen von dem Schaden für die Natur, auch wirtschaftliche Schäden nicht auszuschließen sind. So hat die EU Deutschland bereits tägliche Strafzahlungen von mehreren 100.000 DM im Falle der Nichtumsetzung mehrerer Umweltrichtlinien ange droht.

BaWü: Naturschutzbeauftragte entmachtet?

In Baden-Württemberg beabsichtigt die CDU/FDP-Regierung, das Vetorecht der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten abzuschaffen, dies hat das Kabinett bereits beschlossen. Landesweit wehren sich die Betroffenen, Naturschutzverbände und die Grünen gegen diese Gesetzesänderung. Viele der insgesamt 220 Beauftragten in Baden-Württemberg erwägen bereits ihr Ehrenamt niederzulegen, sie befürchten eine entscheidende Schwächung des staatlichen Naturschutzes, wenn in Streitfällen nicht mehr die nächsthöhere Instanz angerufen werden kann. Die neuerdings für den Naturschutz zuständige Agrarministerin Gerdi Staiblin (CDU) will die Reform sei zwar nicht auf ihrem Mist gewachsen, sie fühle sich aber an den Koalitionsvertrag gebunden.

SchutzgebietsbetreuerIn in Nationalparks

Mittlerweile gibt es in fast allen Nationalparks hauptamtliche SchutzgebietsbetreuerInnen - immerhin 191 bundesweit. Ein besonderes Engagement für seine Großschutzgebiete zeigt das Land Brandenburg. Schon seit 1991 gibt es in Brandenburg GebietsbetreuerInnen. Hier wurden 1997 insgesamt 153 neue Stellen geschaffen.

Heubörse im Thüringer Wald

Die wirtschaftlich sinnvolle Nutzung von naturschutzrechtlich interessanten Flächen stellt heutzutage ein immer größeres Problem dar. So wird in einigen Regionen Heu auf die Mülldeponie gefahren. Im Thüringer Wald bemüht sich daher der Landschaftspflegeverband Thüringer Wald, das von den reichhaltig blühenden Wie-

sen des Thüringer Waldes stammende Heu zu vermarkten. Dabei konnten bereits einige Kunden-Erzeuger-Kontakte geknüpft werden, und das Heu kann für das heimische Kaninchen im Zoogeschäft gekauft werden. Neuerdings ist auch geplant, Kurbäder mit dem Heu zu beliefern. Dieses Vermarktungsprojekt wird von der Bundesstiftung Umwelt unterstützt.

Infos: Deutscher Verband der Landschaftspflege, Eyber Str. 2, 91522 Ansbach, Tel. 0981/9504-247

Zwei Prozent Ökofläche

Ende 1996 bewirtschafteten in Deutschland 7353 Betriebe rund 354200 ha landwirtschaftliche Nutzfläche nach der EU-Verordnung "ökologischer Landbau". Der Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe betrug 1,3 % und an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2 %. Im Vergleich zum Vorjahr produzierten 10,7 % mehr Betriebe nach den EU-Richtlinien und bewirtschafteten insgesamt 45000 ha (14,5 %) mehr Fläche ökologisch. Einschließlich Verarbeitung und Import waren Ende 1996 im Ökobereich 9488 Unternehmen tätig.

Quelle BMELF-Informationen Nr. 27

Hamburgs Grüne zum Nulltarif?

In den Koalitionsverhandlungen haben die Grünen (GAL) der Elbvertiefung, der Hafenerweiterung und dem Transrapid zugestimmt und damit den Weg für drei naturzerstörerische Großprojekte freigemacht. Als "Gegenleistungen" konnten der SPD nur vage Versprechungen von Zugeständnissen in der Wohnungspolitik, Bestandsschutz für den Stadtteil Moorburg und ein neues Naturschutzgebiet abgerungen werden. Es scheint, daß die GAL damit die traurige Bilanz der Grünen in anderen Bundesländern fortsetzt, und bei einer Regierungsbegehung viele Grundsätze einfach über Bord geschmissen werden.

Naturschutz contra Ureinwohner

In Indien sollen 25 Dörfer der Ureinwohner "Adivasis" für ein Naturschutzprojekt zum Schutze von Tigern weichen. Nach den Plänen der Regierung in Neu-Delhi befinden sich die 25 Dörfer in einem Gebiet, das dem Bori-Reservat und dem Satpura-Nationalpark angegliedert

NationalparkgegnernInnen formieren sich

Angst vor Wildnis

An immer mehr Orten in ganz Deutschland regt sich der Widerstand gegen bestehende und geplante Nationalparks und andere Großschutzgebiete. Dabei besteht immer die Angst, in seinem eigenen Handeln und Wirtschaften durch den Nationalpark eingeschränkt zu werden. Die treibende Kraft der NationalparkgegnernInnen ist vor allem wirtschaftliches Interesse. So proben an der Nordseeküste die Fischer den Aufstand, im Harz versuchen KommunalpolitikerInnen sich gegen den Nationalpark zu profilieren und in Bayerischer Wald und im Kellerwald versuchen Anlieger mit Klagen und Bürgerentscheiden, die Einrichtung von Nationalparks und Erweiterungen selbiger zu verhindern. Es ist nicht neu, daß nicht immer alle Menschen vor Ort für die Nationalparks waren und es teilweise auch heftige Auseinandersetzungen gab. Jedoch haben sich die NationalparkgegnernInnen mittlerweile zu einer bundesweit organisierten "Bewegung" formiert, die ihre Rechte politisch einklagt. Ende 1997 hat sich die Anti-Nationalparkfront zu einem bundesweiten Verband zusammengeschlossen. Grundgedanke aller Gruppen und Bürgerinitiativen, die gegen die Nationalparks arbeiten, ist immer die Einschränkung des Schutzstatus in den Nationalparks.

Da Naturschutz auf Dauer sicher nicht ohne die Menschen vor Ort zu realisieren ist, wollen wir in einer der nächsten Ausgaben der "Ö-Punkte" Möglichkeiten aufzeigen, wie das auch mit weniger Schutzgebieten gehen kann. Wer Beispiele und Informationen zu diesem

Thema hat, kann sich gerne bei der Themenredaktion "Naturschutz" melden. Nachfolgend noch einige kurze Berichte, was in verschiedenen Schutzgebieten läuft:

Nationalpark Wattenmeer

Nachdem der sogenannte "Synthesebericht" neue Ziele für die Entwicklung des Nationalparks entwickelt hat, gab es einen Aufschrei der Empörung der Fischer, Bauern und viele anderer Menschen von der Küste. Grundsätzlich ist die Diskussion zwischen Naturschutz und "Betroffenen" jetzt wieder möglich. Hierzu hat auch die Aussage des Umweltministers Steinblock (Grüne) beigetragen, daß nicht alle Ziele des Berichtes umgesetzt werden sollen. Ganz scheint sich das aber in der Bevölkerung noch nicht rumgesprochen haben, denn Anfang August zerstörten Unbekannte am Neufelder Koog in Dithmarschen zahlreiche Begrenzungspfähle des Nationalparks. Ein Streitpunkt ist, z.B. ob die Strände mit in den Nationalpark einbezogen werden sollen, denn jetzt beginnt der Park erst in 150m Entfernung von der Küste, für die Naturschützer wäre aber die Einbeziehung der gesamten Küste Voraussetzung für eine natürliche Entwicklung der Küsten.

Nationalpark

Vorpommerische Bodenlandschaft

Mit einem Flugblatt: "Was brachten uns 3 Jahre Nationalpark?" machten hier BürgerInnen ihrem Unmut Luft und behaupteten, daß der Na-

tionalpark keine touristische Attraktion und gegen die Menschen vor Ort erschaffen sei. Eine weitere Behauptung war, daß er die Natur kaputtmachen würde. Es geht hier weniger um touristische Großprojekte, sondern vielmehr um "Kleinigkeiten" der Naturnutzung jedes Einzelnen: Die Angler wollten angeln, die Jäger wollten jagen, die Wassersportler überall hinfahren dürfen ... Jeder/Jede wollte in "seiner" Natur.

Bayerischer Wald

Selbst Deutschlands ältester Nationalpark ist nicht ohne Gegnerschaft. Hier ist Stein des Anstoßes das größte botanische Experiment in ganz Europa. Seit 1992 hat die Landesregierung beschlossen, nicht mehr in den Naturkreislauf einzugreifen. Immer mehr Bäume werden nun dem Fraß der Borkenkäfer überlassen, um einer natürlichen Entwicklung freien Lauf zu lassen. Hier sehen viele Einheimische "ihren" Wald in Gefahr. Eine Erweiterung des Nationalparks gestaltet sich wegen einer Klage recht schwierig.

Harz

Auch im Nationalpark Hochharz hat sich eine Bündnis aus KommunalpolitikerInnen, Hotel- und GaststättenbetreiberInnen eine Klage gegen den Nationalpark eingereicht. Mit der Normenkontrollklage wollen die Gemeinden Schierke und Altenau sogar den gesamten Nationalpark aushebeln.



werden soll. Für die Ureinwohner bedeutet dies, daß sie sich bis zum Jahr 2000 eine neue Bleibe suchen müssen – für die meisten bedeutet dies Armut. Denn für die indigenen Gemeinschaften sind die Wälder des Schutzgebietes lebensnotwendig. In letzter Zeit werden allerdings auch kritische Stimmen zu dieser Form von Naturschutzprojekten laut. In den letzten 30 Jahren mußten in Indien tausende Familien aufgrund von Naturschutz- oder Entwicklungsprojekten umsiedeln. Die wenigsten wurden angemessen entschädigt, sie wurden stattdessen häufig land- und arbeitslos. Die "Adivasis" fürchten nun das selbe Schicksal. Kritiker der indischen Umweltpolitik fordern nun, daß bei zukünftigen Planungen die Belange der Menschen vor Ort mehr berücksichtigt werden.

Zertifikat für Naturwald

Zusammen mit verschiedenen Umweltschutzverbänden hat Naturland ein Zertifikat für Holz aus naturnahem Waldbau entwickelt. Ganz ähnlich den Bezeichnungen bei Bio-Lebensmitteln können HolzkäuferInnen nun aus dem Naturlandsiegel schließen, daß hier umweltgerecht gewirtschaftet wird. Als Kriterien sind festgelegt:

- Verzicht auf Kahlschläge
- Naturverjüngung, keine Monokulturen
- Ausweisung mit mind. 10 Prozent Naturwald
- Anteil an Totholz
- Verzicht auf Pestizide, Dünger, Gülle, Klärschlamm und Kalk
- Sanfte Betriebstechnik
- Waldökologisch tragbare Schalenwildstände
- Unterlassung von schädigenden Eingriffen.

Sicher werden einige der Kriterien noch auszu-differenzieren sein. Bemerkenswert ist die Forderung nach der Ausweisung der Naturwaldflächen. Hier sollen die natürlichen Prozesse vollständig zur Entfaltung kommen. Die dort entstehende Waldstruktur und Baumartensammensetzung soll dann zum Vorbild auch des restlichen Waldes werden. Dieser Ansatz von Naturschutz überwindet erstmals in einer festgelegten Strategie den 0-8-15-Naturschutz, nachdem bestimmte Schemata verfolgt werden. So entwickelt die Natur das Leitbild selbst. Näheres: Naturland, Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfeling, Tel. 089/8545071, Fax 855974.

Gegen Emssperrwerk

Auszug aus dem Brief der BI: "... Von dem o.g. Vorhaben sind wir als Anwohner und als Benutzer der BWSr Ems betroffen und geben hiermit frist- und formgerecht unsere Einwände bekannt. In Anbetracht der Tatsache, daß in der Gemeinde Moormerland die Planfeststellungsunterlagen nicht ordnungsgemäß ausgelegt waren, behalten wir uns weitere Einwendungen vor. Grundsätzlich ist zu bemängeln, daß der Antrag mangelhaft und unvollständig ausgeführt wurde. Für die Beurteilung des Gesamtvorhabens fehlen notwendige Erläuterungen und Gutachten. Der Plan ist nicht gerechtfertigt und unbegründet. Die "Nebenfunktion" nimmt den größten Teil der Planvorstellung ein. Wie wir alle wissen, ist der Küstenschutzgedanke nur eine Hilfskonstruktion, mit der die Landesregierung versucht, das Meyer-Stauwehr politisch durchzusetzen. Wenn es dem Antragsteller und seinen Planern nicht möglich ist, sein Vorhaben glaubhaft darzustellen und zu belegen, würde er in der Schule zu hören bekommen: "Am Thema vorbei, noch mal bitte!" Von demokratisch und bürgernah kann man bei der Vorgehensweise nicht sprechen. Mit Lügen und Halbwahrheiten ist kein Bürger zu überzeugen. Mit Machtmißbrauch und Rechtsbeugung erst recht nicht."

Näheres: Bürgerinitiative Gandersum, c/o Uwe Sager, Petkumer Str.8, 26802 Gandersum

Aktionstip:

Kopfweiden sinnvoll verwerten

Fast überall finden im Herbst von örtlichen Naturschutzgruppen organisierte Kopfweidenaktionen statt. Sie dienen dazu, die alten Kopfweiden für den Naturschutz zu erhalten, denn wenn die Kopfweiden nicht alle paar Jahre beschitten werden, brechen sie irgendwann auseinander. Leider werden die Weiden meist direkt vor Ort verbrannt oder als Feuerholz verwertet. Ihrem ursprünglichen Verwendungszweck, dem Weidenflechten, werden die abgeschnittenen Zweige nur selten zugeführt. Wir möchten daher im folgenden einige Verwendungsmöglichkeiten aufführen, denn auf Dauer werden die Kopfweiden nur durch eine sinnvolle Verwendung des abgeschnittenen Materials zu retten sein.

Weidenzäune

Wo Betonmauern und Maschendrahtzäune stehen, könnten Weidenzäune wachsen! Im folgenden sind zwei Arten von lebendigen Weidenzäunen dargestellt: Lebendiger Weidenzaun Er besteht eigentlich aus zwei Zäunen, deren Zwischenraum mit Erde aufgefüllt ist. Hierfür wird eine Reihe dicker Pfähle in den Boden geschlagen. Es ist darauf zu achten, daß das Stammende unten ist, so daß der Pfahl Wurzeln ausbilden kann. Der Abstand zwischen den einzelnen Pfählen sollte etwa schulterbreit sein. Im Abstand von 20 bis 30cm vor die erste Reihe Pfähle kommt die zweite. Diese sollte versetzt zur ersten Reihe eingeschlagen werden. Und nun wird losgeflochten! Dicke und dünne Zweige, alles was an Gestrüpp anfällt kann verwendet werden. Außer Weiden eignen sich noch Birke, Haselnuß, Buche und Erle zum Einflechten. Allerdings sollte es schon hauptsächlich Weide sein, weil sie als einzige anwächst. Für diesen Zaun werden auf jeden Fall größere Mengen an Material gebraucht. Das dickere Ende der Zweige soll nach innen zeigen. Wenn der Zaun dann mit Erde aufgefüllt ist, treiben die Äste Wurzeln aus. Falls irgendwann die Lust oder das Material ausgeht, ist es gut, wenn beide Seiten gleich hoch geflochten sind. So kann schonmal mit dem Erde reinschütten angefangen werden und im nächsten Jahr kann der Zaun dann erhöht werden. Diese Art von Weidenzaun treibt zu einer dicken Hecke aus und eignet sich auch als Lärmschutzwall. Er sollte aber nicht zu trocken stehen, da er dann nicht anwächst. Weidensteckzaun Für diese Zaunart werden sehr viele etwa gleich dicke Weidenruten benötigt. Sie sollten nicht zu dünn sein. Je nach Länge der Weidenruten kann ein kleinerer oder größerer Zaun entstehen. Beim Zurechtschneiden der Weidenruten sollte bedacht werden, daß 10 cm davon im Boden verschwinden. Es wird zuerst ein 10cm tiefer Graben gegraben und die Ruten bzw. Stäbe werden dann dicht an dicht hineingesetzt. Danach wird der Graben wieder zugeschaufelt und die Erde festgetreten. Nun wird einen langer Weidenstab waagrecht ein Stück über dem Boden eingeflochten. Der nächste waagrechte Stab wird so angelegt, daß sich die Enden überlappen. Dann wird noch eine zweite waagerechte Stabreihe eingeflochten, wodurch der Zaun schön stabil wird.



weiden müssen regelmäßig beschitten werden, damit sie sich nicht zu großen Bäumen entwickeln. Daher empfiehlt es sich, jeden Winter, möglichst wenn es gefroren hat, mit Sägen, Äxten und Astschneidern in die Wiesen zu ziehen, um die Weiden auf den "Kopf" zu setzen. Das heißt, sie werden in einer Höhe von 2m abgeschnitten. Diese Arbeit bringt immer ein besonderes Vergnügen, obwohl wir als KopfbaumschneiderInnen selbst bei klirrender Kälte ganz schön ins Schwitzen kommen. Aber der warme Tee, den die klammen Finger kaum anheben können, schmeckt so gut wie nie im ganzen Jahr.

Weidenkörbe

Für das Flechten von Weidenkörben ist vor allem die Qualität des Ausgangsmaterials entscheidend. Es sollte also darauf geachtet werden, daß möglichst einjährige Triebe ohne Gabelungen verwendet werden. Diese Weidenruten sollten möglichst lang (mindestens 1m), dünn (höchstens fingerdick) und nicht brüchig sein. Am besten sind die Triebe der Korbweide (*Salix viminalis*) geeignet. Wie der Name schon sagt, wurden sie schon über Jahrhunderte zum Flechten verwendet und auch kultiviert. Daneben eignen sich natürlich auch noch einige andere Weidenarten sowie andere Gehölze wie Haselnuß oder Kleifernwurzeln. Darüber hinaus sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt, sich neue Materialien zu überlegen. Traditionell wird z.B. auch Schilf und verschiedene Röhrichte verflochten. Aber auch Seile, andere Pflanzenteile oder Müll kann verflochten werden und gibt dem Korb seine besondere Note. Wenn nun zum Flechten Weiden verwendet werden, sollten diese möglichst noch im Herbst geschnitten werden und dann bis zum Februar trocken, kühl und dunkel gelagert werden. Nach einem zweiwöchigen Wasserbad sind die Weidenruten geschmeidig und biegsam und können verarbeitet werden. Die Weidenruten können auch noch geschält und gefärbt werden. Zum Schälen werden die frisch geschnittenen Weidenruten mit der Schnittstelle nach unten in den Boden eingegraben. Im Frühling treiben die Weidenruten dann aus, jetzt läßt sich die Rinde sehr leicht abschälen. Eine andere Möglichkeit ist, die Weidenruten zu kochen. Wenn die Weiden jetzt geschält werden haben sie sich rötlich gefärbt. Der Vorteil von getrockneten Weiden liegt darin, daß diese Ruten nach dem Verflechten nicht weiter schrumpfen und das Geflecht dadurch stabil und fest bleibt. Bei frisch verarbeitetem Material lockert sich das Geflecht durch das Eintrocknen der Ruten. Wenn nun das richtige Material vorhanden ist, kann nun mit dem Flechten losgelegt werden. Es gibt nun viele verschiedene Möglichkeiten, einen Korb zu flechten. Da es hier zu weit führen würde, auf die einzelnen Flechttechniken einzugehen, sei hier auf einschlägige Literatur verwiesen (siehe Randspalte) und eigenes Ausprobieren kann auch hier zum Ziel führen. Relativ einfach läßt sich von einem entsprechenden Musterkorb die typische Wäschekorbform abgucken: ein kreisförmiger Boden und eine darauf aufbauende Wand. Verzweifelnd sollte mensch nicht gleich am Anfang, wenn die Körbe etwas unregelmäßig aussehen, irgendwann hat jeder/jede den Dreh schon raus...



Das Material

Wenn vor Ort nicht sowieso ständig Kopfweidenaktionen stattfinden, braucht mensch sich nur umzuschauen, wo Kopfweiden stehen und die Eigentümer fragen, ob die Weiden im Winter beschitten werden sollen. Falls die sich nicht mit Weiden auskennen, kann mensch ihnen erzählen, daß das eine Pflegemaßnahme ist und für ein gesundes Wachstum der Bäume sorgt. Es ist übrigens auch total einfach, Weiden neu anzupflanzen. Dafür werden einfach beim Weidenschneiden ca. 4m lange Weidenpfähle herausgeschnitten. Diese können dann im Frühjahr möglichst an feuchten Stellen gesteckt werden. Diese Weidenstecklinge treiben dann schon im ersten Jahr aus und wachsen schnell zu stattlichen Bäumen heran. Diese neu gesteckten Weiden und die alten, knorrigen Kopf-

Literaturtipps

- E. Staudt: "Kopfweiden", Augustus Verlag
- E. Barratt: "Korbflechten", Haupt Verlag
- B. und R. Verder-Fierz: "Anleitung zum Flechten mit Weiden", Haupt Verlag
- JUP: "Natur-Erlebnis-Mappe", Bestelladresse: JUP, Am Bürgerpark 2, 23843 Bad Oldesloe (12.-DM)

Weideninfo

Gerade mal 1cm groß wird die kleinste Weidenart, die im Norden in den Polargegenden wächst. In den Tropen gibt es 40m große Weiden. Normalerweise werden sie nur etwa 80 Jahre alt. Sind sie in ihrem Leben geschnitten worden und dann nicht mehr, bilden sie mehrere Stämme aus und brechen irgendwann auseinander und vermehren sich aber regelmäßig geschnitten, werden sie bis zu 400 Jahre alt. Für die Menschen hatten Weiden in den vorigen Jahrhunderten eine große Bedeutung: Sie brauchten Weidenzweige und -äste zum Häuserbau, Zäunbau und zum Flechten von Körben, Fischreusen, Babybetten und vieles mehr. Zu dieser Zeit standen viele Kopfweiden in der Landschaft herum. Durch das regelmäßige Abernten der Zweige entsteht die typische gnuttelte Kopfweidenform. Viele Tiere haben in dem löcherigen, morschen Holz von Kopfweiden Lebensraum gefunden: Vögel (unter anderem der Steinkauz), die darin brüten und 200 verschiedene Insektenarten. Die beste Zeit zum Weidenschneiden ist übrigens von November bis Februar. Damit die Zweige die richtige Dicke fürs Körbflechten haben, ist es ideal, die Weiden jedes Jahr abzuernfen.

Themenredaktion "Landschaft":

Jörn Hartje
Institut für Ökologie
Poststr. 39
22946 Brunsbek
Tel. 04107/850478



Umweltschutz auf Großveranstaltungen:

Hessentag '97: Teilweise gut!

Eine Kurzdokumentation sowie Angebote für Beratungen oder Konzepterstellung bei weiteren Großveranstaltungen gibt es beim Institut für Ökologie gegen 3,-DM in Briefmarken.

Der Ausgangspunkt war wenig erfreulich, die Zukunft ist mindestens ungewiß. Im Jahr 1997 aber geschah einiges Positive: Dem Umweltschutz wurde im Rahmen der Großveranstaltung "Hessentag 1997" erstmals Rechnung getragen gegen den Willen des Ausrichters, der hessischen Landesregierung, aber vor allem durch den Einsatz einiger MitarbeiterInnen der Stadt Korbach. Im Bereich Abfall und öffentlicher Nahverkehr wurden kreative und teilweise sehr wirkungsvolle Lösungen gefunden. Konzeptionelle Überlegungen dazu stammten aus dem Institut für Ökologie sowie den Beratungsgesprächen im Stadthaus.

Adressen:

Institut für Ökologie
Postfach 100904
35339 Gießen
Tel./Fax 06404/65643
muk@apg.lahn.de

Stadt Korbach:

Herr Specker, Abfallberater: 05631/53-303

Herr Schaidt, ÖPNV: 05631/53-0

Das Vorspiel

Umweltschutz geschieht selten von selbst. So auch hier dreimal (1993-95) war der Hessentag Ort erbitterter Auseinandersetzungen zwischen unabhängigen Umweltschutzgruppen und den VeranstalterInnen.

1993: Hessentag in Lich mit ca. 1 Million BesucherInnen. An Umweltschutz wurde schlicht gar nicht gedacht. Einwegmüll überall, dabei nicht einmal genügend Mülltonnen, so daß sich der Müll "frei organisiert" zu Haufen türmte. Trotz vorhandenem Bahnhof keine Züge abends bzw. am Wochenende (Pro Bahn organisierte auf eigenes Risiko am letzten Sonntag Zugfahrten von Gießen in die Bierstadt Lich. Die regulären Busse blieben im Verkehrschaos hängen und umfuhren die Stadt schließlich ganz (LichbesucherInnen wurden an der Böschung zur Umgehungsstraße herausgelassen). Die Messezelte machten eine Feuchtwiese platt, in einem Zelt darüber wurde für fast 200.000,- DM eine Kunstnatur zum An-

fassen geboten - dorthin flossen in jenem Jahr fast alle freien Naturschutzmittel für Projekte des Landes Hessen. Zu der zum Abschluß geladenen Diskussion zur Ökobilanz

des Hessentages erschienen alle VertreterInnen von Stadt und Landesregierung trotz Zusage nicht.

1994: Unabhängige Umweltschutzgruppen hatten diesmal ein eigenes Veranstaltungsprogramm und eine Hessentagszeitung vorbereitet, die alle zwei Tage erscheinen und neben aktuellen Terminen auch über Hintergründiges des Hessentages berichten sollte. Die Zeitung wurde zur "Speerspitze", denn wieder war viel zu kritisieren. Zwar hatte diesmal der Abfallberater der gastgebenden Stadt Groß Gerau einiges organisiert, aber außerhalb seiner Zuständigkeit, vor allem in den vom Land organisierten Messenhallen tobte das Einwegchaos. Sonderbusse fuhren zwar, aber die Fahrpläne waren nicht richtig veröffentlicht worden usw. Zum Abschluß entstand ein detailliertes Konzept, wie der Hessentag zukünftig umweltgerechter laufen sollte.

1995: Im Vorfeld hatte die Landesregierung die Zusammenarbeit mit den Umweltgruppen, die das Umweltkonzept für den Hessentag ausgearbeitet hatten, abgelehnt. Umweltschutz war ihnen nicht wichtig. Auf dem Hessentag gab es eine Öko-Gegenveranstaltung, das ökologische Dorf "Ökotopia". Von dort wurden Aktionen gegen die HessentagsveranstalterInnen vorbereitet, da es diesmal (in Schwalmstadt) wieder in allen Bereichen schlecht aussah. Müllberge überall,

schon im Vorfeld wieder gestrichene Sonderzüge, öffentliche Aufrufe im Radio, den PKW zu benutzen, aggressive AutofahrerInnen, die selbst noch Teile des ökologischen Dorfes wild und trotz Protestes zuparkten. Die Reaktion war eine Aktion gegen den Ausstellungsstand der Landesregierung, die erhebliche Schlagzeilen machte (z.B. in der Bild: "Anschlag auf den Hessentag"). Tatsächlich geschah nichts anderes, als daß der edle, saubere Messestand mit einer großen Menge des auf dem Hessentag einige Tage gesammelten Einwegmülls zugeworfen wurde und danach für eine Zeit völlig unbenutzbar war. Zeitungen, Fernsehkameras waren dabei (vorsichtig vorher informiert). Die Landesregierung reagierte wütend, strich Zuschüsse beteiligter und unbeteiligter Gruppen usw.

1996: Keine Aktionen, nur ein Besuch mit der Erkenntnis, daß sich nichts zum Besseren geändert hatte.

1997: Im Januar 1997 sprach das neugegründete Institut für Ökologie (Gießen/Marburg) die Stadt Korbach an, ob nicht diesmal Umweltschutz anders berücksichtigt werden sollte. Und tatsächlich: Mehrere MitarbeiterInnen der Stadt unterstützten diese Idee und wollten eine Kooperation. Es gab ein erstes Gespräch und ein Konzept der Vorgehensweise. Doch alle hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Auf Intervention der Landesregierung sagten die Stadtoberen ab. Vor allem durch den Einsatz der an der Kooperation interessierten MitarbeiterInnen entstand am Ende aber ein Kompromiß: Das Institut für Ökologie erhielt einen Beraterstatus. Leider aber war viel Zeit verlorengegangen. Für die Bereiche Energie, Wasser und Verkehrsplanung fehlten AnsprechpartnerInnen ganz oder waren nur begrenzt interessiert. Dennoch arbeitete das Institut Vorschläge aus, die für andere Großveranstaltungen hilfreich sein könnten. Beeindruckend aber war, was im Bereich Abfall und im Bereich des Nahverkehrs geschah. Bis ins Details wurden Lösungen entwickelt, umgesetzt, kontrolliert, verbessert bzw. scheiterten auch im Einzelfall - doch aus Fehlern kann man lernen. Für weitere Großveranstaltungen entstand viel Know-How.

Verkehr:

Sonderzüge auf reaktivierten Gleisen

Korbach war früher ein Eisenbahnkreuz auf den Linien Berlin-Amsterdam (jaja!) und Kassel-Marburg. Im Frühjahr 1997 existierte davon nur noch der Zweig nach Westen (Linie Korbach-Brilon). Für den Hessentag wurde die Nord-Süd-Achse komplett wiedereröffnet, d.h. es gab Anschlüsse von Marburg und von Kassel. Die Züge hielten an allen Bahnstationen unterwegs. Begleitet waren sie von zwei orange gekleideten Personen, die an jeder Straßenüberquerung ausstiegen und mit Fahnen den Autoverkehr stoppten - die Schrankenanlagen funktionierten nicht mehr. Die Logistik war aber gut vorbereitet: Ausschilderungen an den 2 Hes-



Foto: Einweg trotz Verbot in Groß Gerau gab es im Ausstellungsbereich. Hier war das Land Hessen zuständig.

Am 20. und 21.4.1998 findet im Haus der Technik ein Seminar zur umweltgerechten Durchführung von Großveranstaltungen statt. Die ReferentInnen stammen vom Institut für Ökologie. Nähere Informationen: Haus der Technik, Hollestr. 1, 45127 Essen, Tel. 0201/1803+, Fax -269



sentagsbahnhöfen in Korbach, freundliche Menschen im Bahnuniform, die Hinweise zu den Zugfahrten, Fahrtzeiten usw. gaben, ein Verkaufsstand für Fahrkarten und ein modernes Shuttle-Fahrfahrzeug, das die beiden Bahnhöfe im 15-min-Fakt miteinander verband.

Bis spät in die Nacht verkehrten die Züge, durch be-



Blick aus dem Führerstand auf der Zugstrecke Frankenberg-Korbach. Die Straßenüberquerung wird durch Begleitpersonal aus dem Zug geregelt.

sondere Maßnahmen (Zählen der Fahrgäste am Tag, um abschätzen zu können, wieviele Gäste nachts nach den Konzerten noch zu erwarten sind; Bereithalten von weiteren Zügen im Betriebsbahnhof Kassel sowie von Bussen) wurde sichergestellt, daß auch alle Menschen mitfahren konnten. Das war nicht immer einfach. Der Erfolg des Nahverkehrsangebotes und der begleitenden Werbung (Plakate hingen bis Frankfurt aus) war so groß, daß mehrere Male die Züge völlig überfüllt waren und zusätzliche Busse die Route abfahren mußten. Nun läuft die Diskussion, ob die Strecken dauerhaft reaktiviert werden ...

Gegenüber dem Nahverkehrsangebot war die Verkehrsplanung für den Auto- und Radverkehr sehr schlecht und ausschließlich autoorientiert. Fahren und Parken wurde auch in unmittelbarer Nähe der Veranstaltungszentren zugelassen (eine deutliche Beeinträchtigung der Sicherheit und der Aufenthaltsqualität), für Radfahrer gab es nur eine versteckte Leihstelle für Räder, aber keine besonderen Verbindungswege oder Abstellanlagen. So, wie das gute Nahverkehrsangebot auch Sache der daran interessierten Menschen war, scheiterte es in der Verkehrsplanung an der Autoorientierung in den Köpfen der Verantwortlichen: "Hier fährt eh niemand Rad", sagte der Leiter des Hessentagsstabes der Polizei. Einen Tag vorher hatte Verkehrsminister Klemm pressueffektiv einen neuen Radweg durch Korbach eingeweiht ...

Landschaft:

Alles Geld für "Natur auf der Spur"

Welche Veranstaltungen wo stattfanden und wo Parkplätze eingerichtet wurden, stand zu Beginn der Arbeit des Instituts bereits fest. Daher waren umfangreiche Prüfungen über die Flächenempfindlichkeiten nicht mehr sinnvoll. Wie bei fast allen Hessentagen wurde wieder eine große Geldmenge für ein Zelt "Der Natur auf der Spur" ausgegeben, obwohl dadurch kein direkter Wert für die Umwelt entsteht (eher einige Müllberge). In der Nähe wurde ein "Hessentagsbiotop" gestaltet, allerdings eher eine dürrig begrünte Regenrückhalte- und Restfläche. Das Ziel, den Hessentag dafür zu nutzen, tatsächliche Veränderungen im Stadtbereich durchzuführen und als beispielhaft zu präsentieren (Begrünungen, Entsiegelungen usw.) wurde nicht

verfolgt.

Wasser und Energie: Zu spät ...

Sparmaßnahmen für Wasser und Energie sowie die Nutzung alternativer Ressourcen (Regen- und Grauwasser, Solar-, Wind- und Biomasseenergie) sind sinnvoll nur über längere Zeiträume möglich. Da jedem Hessentag ein umfangreiches, mehrjähriges Sanierungsprogramm im Ort vorausgeht, hätte die Förderung von Umwelttechniken schon hier integriert werden müssen. Das war nicht geschehen und in den drei Monaten Beratungszeit durch das Institut auch nicht mehr zu leisten, da das Programm schon abgewickelt war. Sowohl zu einer Minimierung des Verbrauchs als auch zur Nutzung alternativer Quellen wurden keine Maßnahmen durchgeführt.

Abfall:

Von 160 auf 63 Gramm pro Besucher!

Von größter Bedeutung für die Abfallreduzierung war das konsequente Verbot von Einwegverpackungen. An allen Ständen auf dem Hessentag mußten Speisen und Getränke in Mehrweggeschirr verkauft werden. Erlaubt waren neben Glas-, Metall- und Porzellan- und Porzellan-geschirr nur eß- und kompostierbare Waffelschälchen. Auch Werbeverpackungen waren verboten. Das Einwegverbot zog sich durch alle Veranstaltungen und Veranstaltungsorte. Die Verträge mit den Schank- und Speisewirtschaftsbetrieben enthielten eine Klausel, die die Einbehaltung einer vom Gastwirt bezahlten Kaution in Höhe von 1000,-DM bei Verstoß gegen das Einwegverbot sowie die Möglichkeit der Schließung des Standes bei mehrmaligem Verstoß vorsah.

Ein besonderes Problem stellte die Versorgung der Teilnehmer des Hessentagsumzuges mit Getränken dar, da hier innerhalb von kurzer Zeit 6000 UmzugsteilnehmerInnen mehrmals mit Tee versorgt werden mußten. Eine Lösung konnte durch die Einrichtung von insgesamt 4 verschiedenen Getränkeausgabestellen am Sammelpunkt des Umzuges sowie an drei weiteren Punkten auf der Route gefunden werden. Dabei wurden 16.000 Mehrwegbecher aus Kunststoff eingesetzt. Ca. 100 m nach der Ausgabestelle wurden die Becher von Helfern wieder eingesammelt, um in bereitstehenden Spülmobilen gespült und an einer der folgenden Stationen erneut zum Einsatz zu kommen. Pro Ausgabepunkt waren dabei ca. 6 Helfer im Einsatz.

Die Sammlung der anfallenden Abfälle erfolgte in verschiedenen 240-Liter Behältnissen für Papier, vegetabile Stoffe und Restmüll sowie in DSD-Säcken und Glaskontainern. Die Behälter waren in einem Abstand von 25-50m auf der Hessentagsstraße sowie an weiteren zentralen Plätzen aufgestellt. Ein Blick in die Tonnen offenbarte hohe Sortierreinheit, so daß eine Verwertung der gesammelten Wertstoffe auf dem üblichen Verwertungsweg ohne Probleme erfolgen konnte.

Durch diese Maßnahmen konnte die Restmüllmenge gegenüber dem Hessentag im Vorjahr in Gelnhausen um ca. 60% reduziert werden. Insgesamt fielen ca. 44,5t Restmüll, 13,5t Papier und 5t vegetabile Abfälle an.

Der Hessentag hat gezeigt, daß Großveranstaltungen ohne riesige Abfallberge problemlos durchführbar sind. Voraussetzung dazu ist allerdings ein vernünftig durchdachtes und konsequent durchgezogenes Abfallkonzept, in dem der Vermeidungsaspekt im Vordergrund steht.

Abfallbilanz:

44,5 t Restmüll,
13,5 t Papier
5 t Biomüll

Abfallbehälter:

Aufgestellte Getrennt-
Mülltonnen (in Stück pro
Art: Bio, Papier,
Verpackungen, Rest)

Hessentagsstraße, je 100
Landesausstellung je 40

Glaskontainer (in Stück)

Hessentagsstraße 3,
Open-Air: 2 (hoher Ver-
schmutzungsgrad)
Messe 2

Im Vergleich:

Hessentag 1996 in
Gelnhausen:
100 t Restmüll bei
600.000 Besuchern,
d.h. 160 g/BesucherIn

Korbach: 44,5 t Restmüll
bei 700.000 Besuchern,
d.h. 63 g/BesucherInnen

Die Stände haben bei
der Trennung der eige-
nen Transportverpackun-
gen gut mitgemacht.

Probleme:

Aufkleber, Werbeverpak-
kungen (die in Korbach
glücklicherweise verbo-
ten wurden).

Für Becher des Hessen-
tagsumzuges konnte
ebenso kein Pfand ge-
nommen werden wie bei
nachfolgendem
Open-Air (Betreiber fürch-
tete um sein Pfand). Folg-
lich war die Wiese mit Be-
chern übersät.

Radio FFH: Einweg-Re-
genumhänge wurden bei
schlechtem Wetter
ausgegeben.



AGVU sieht Halbierung / BUND spricht von "Taschenspielertricks"

Kontroverse über Belastung durch Getränkeverpackungen

Die meisten der hier verarbeiteten Informationen stammen aus dem "Abfallwirtschaftlichen Informationsdienst" bzw. dem MüllMagazin. Beide werden vom Rhombos-Verlag herausgegeben und sind für alle, die in der Abfalldiskussion auf dem Laufenden bleiben wollen, zu empfehlen.

Nach einer Studie der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) haben die Bundesbürger 1995 nur noch halb soviel Abfall durch gebrauchte Einweg Getränkeverpackungen verursacht wie vor 25 Jahren. Während jeder Bürger im Jahr 1970 durchschnittlich 12,5 Kilogramm leere Einweg Getränkeverpackungen dem Hausmüll zuführte, seien es 1995 nur noch 6,4 Kilogramm gewesen. Die Studie wurde im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt (AGVU) erstellt.

Adresse:

Rhombos
Kurfürstenstr. 17
10785 Berlin
Tel. 030/2619461
Fax 030/2616845

Termine:

10.11.97 in Darmstadt
Fachtagung "Die Verpackungsverordnung - Umsetzungspraxis und Novellierung"
Veranstalter und Kontakt:
Chemie Umweltberatung,
Frau Dr. Kovacs-Bertrand,
Karlsru. 16, 60329 Frankfurt,
Tel. 069/25561590, Fax
6314391.

13.11.97 in Hamburg
Seminar "Lagerung von gefährlichen Stoffen (Stückgut) - Technische Anforderungen"
Veranstalter und Kontakt:
Koordination des Umweltschutzmanagement c/o
Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualitätssicherung, Jutta Lamers,
Holstenwall 5, 20355
Hamburg, Tel.
040/349155-96, Fax -99

20.-21.11.97 in Offenbach
Fachtagung "Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung der EG-Öko-Audit-Verordnung in Kommunen"
Veranstalter und Kontakt:
Umweltinstitut Offenbach,
Nordring 82 B, D-63067
Berlin, Tel. 069/81 06 79,
Fax 069/82 34 93.

Die GVM kommt zu dem Schluß, daß die Zunahme von Einwegverpackungen in den letzten 25 Jahren durch Verminderung der Verpackungsgewichte und durch Recycling mehr als wettgemacht worden ist. Seit 1990 sei der Abfall aus Einwegverpackungen für Getränke durch die verstärkte Wertstoffsammlung um 55 Prozent vermindert worden.

Diese Tendenz wird sich laut GVM fortsetzen, so daß im Jahr 2000 weniger als 3 Kilogramm Abfall je Einwohner anfallen werden.

Eher zurückhaltend beurteilt die Studie dagegen den Beitrag von Mehrwegflaschen zur Abfallverminderung. Für das Jahr 2000 rechnet die GVM damit, daß die durch weggeworfene Mehrwegflaschen verursachte Abfallmenge mit 324.000 Tonnen 50 Prozent größer sein wird als der gesamte Abfall aus Einweg-Getränkeverpackungen. Hierbei sei allerdings der dreimal höhere Marktanteil von Mehrweg zu beachten.

Weiterhin kommt die GVM zu dem Ergebnis, daß bei einer Abschaffung der nach der Verpackungsverordnung vorgeschriebenen Mehrwegquote der Marktanteil nur unwesentlich von etwa 72 Prozent auf 67,4 Prozent sinken würde. Auch bei einem Absinken der Quote würde sich die Abfallmenge aus Einweg und Mehrwegverpackungen auf 540.000 Tonnen reduzieren.

BUND: Fehler in der Studie

Nach Ansicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) dagegen sind sämtliche Kernaussagen der GVM-Studie bewußt irreführend. Das Hauptaufkommen an Getränkeverpackungen in der BRD seien Glasflaschen (ca. 82 %). Einweg-Glasflaschen seien erst 1968/69 in der BRD eingeführt worden. Davor hätten sie keinerlei Rolle auf dem deutschen Markt gespielt. Bezogen auf das Jahr 1969 hätte sich die Masse der Getränkeverpackungen im Müll trotz hoher Recyclingquoten von 75,1 Prozent (1995) im Gegensatz zur GVM-Studie um 300 Prozent auf 523.000 Tonnen (1995) erhöht.

Die von der GVM ausgewiesene Steigerung der Recyclingquote um 55 Prozent beruht nach Ansicht des BUND auf einer unbegründeten Verkürzung der Recyclingmengen bei Einweg-Glasflaschen. Im Gegensatz zur GVM (42,7%) gehe die GGA (Fachvereinigung Behälterglas) für 1990 von einer Recyclingquote von 53,9 % aus. Laut BUND gibt es keine empirisch nachgewiesenen getrennten Recyclingraten, weder für Einweg- noch für Mehrweg-Glasflaschen.

Berechnet auf Basis des Durchschnittswertes der GGA verringere sich die Quote damit von 50 auf 30 Prozent.

Bewußt irreführend seien in der GVM-Studie die Berechnungsgrundlagen für den vorausgesagten Rückgang der Mehrwegquote. Da dieser lediglich auf einen Zeitraum von drei Jahren prognostiziert würde, Investitionszeiträume in der Regel aber ein bis zwei Jahre be-

tragen, könne in dieser Zeit nur ein geringer Umstieg auf Einweg eintreten. Bis zum Jahr 2003 erwartet der Bund für Naturschutz dann aber einen erdrutschartigen Einbruch bei Mehrwegverpackungen.

Ebenfalls zu völlig gegenteiligen Ergebnissen kommt der BUND bezüglich der Müllmengen-Prognose für das Jahr 2000. Auf der Basis der GGA-Durchschnittswerte ergäben sich demnach 190.000 Tonnen Mehrweg-Müll gegenüber 337.000 Tonnen Einwegmüll. Die GVM könne nur zu ihrem anderslautenden Ergebnis kommen, weil sie empirisch nicht belegte unterschiedliche Recyclingquoten für Einweg (90%) und Mehrweg (45%) ansetze.

Im Gegensatz zur GVM geht der Umweltverband davon aus, daß bei der Rücknahme der gesetzlichen Mehrwegquote zeitversetzt die Zahl der Einwegverpackungen rasant zunehmen würde. Bei Glasrecyclingquoten von ca. 80% würde bei einem eventuell verbleibenden 40%igen Mehrweganteil die Müllmenge um ca. 250 % gegenüber 1995 ansteigen.

Kontakt: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM), Dr. Gerhard Eisenblätter, Rheingastr. 85, 65203 Wiesbaden, Tel. 0611/27804-27, Fax -50.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Bereich Abfallvermeidung, Dr. B. Ludwig, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn, Tel. 0228/40097-21, Fax 40.

Wettbewerb "Müllfreie Schule"

Dosen in den Ecken, Papier unter den Tischen, überquellende Mülleimer - diesem Zustand will die BUNDjugend Mecklenburg-Vorpommern entgegenwirken. Dazu hat sie Anfang September einen landesweiten Wettbewerb "Müllfreie Schule" gestartet.

Mit diesem Wettbewerb will die BUNDjugend SchülerInnen und LehrerInnen aufrufen, sich Gedanken über die Vermeidung überflüssigen Mülls an Schulen zu machen. Stählerne Kühe, aus denen Milch in mitgebrachte Becher gezapft wird und die Verwendung von Recyclingpapier in den Schulkopierern sind nur zwei Ideen. Gefragt sind originelle Vorschläge, die leicht umzusetzen sind und deren Erfolg leicht sichtbar ist.

Teilnehmen können alle Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Die besten Aktionen werden prämiert. Für den 1. Platz gibt es Sachpreise im Wert von 500 DM, für den 2. von 300 DM und für den 3. Platz im Werte von 100 DM. Die Plätze 4 bis 6 erhalten Trostpreise.

Auf einer Abschlußveranstaltung im April 1998 können sich dann die besten Projekte präsentieren und miteinander ins Gespräch kommen. Einsendeschluß für den Wettbewerb ist der 31.3.98. Dann entscheidet eine unabhängige Jury über die Vergabe der Preise.

Die genauen Wettbewerbsunterlagen und eine Aktionsbroschüre mit Tips zur Müllvermeidung gibt es bei: BUNDjugend, Katharinenstraße 62, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/5666512, Fax 5441702.



USA: Siedlungsabfall nimmt stetig zu

Die Market Strategy Group (MSG) aus Cleveland brachte im Juli die Studie "Municipal Solid Waste Opportunities" heraus. Das Unternehmen analysiert darin die Entwicklung des Abfallaufkommens, den Zustand der verschiedenen Entsorgungswege und die ökonomische Situation der Entsorgungsindustrie in den USA. Die Kategorie Municipal Solid Waste entspricht etwa dem, was deutsche Gesetze unter Siedlungsabfall verstehen: Im wesentlichen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

Das Siedlungsabfall-Aufkommen der USA wuchs laut dieser Studie seit 1985 um jährlich rund 2,7% und erreichte 1996 220,7 Mio. Tonnen. Das entspricht für das Jahr 1993 einem Pro-Kopf-Aufkommen von etwa 800 kg. Bis 2002 prognostiziert die MSG den Vereinigten Staaten ein weiteres Wachstum der Siedlungsabfallmenge von knapp 16%. Den Anstieg von 34% im zurückliegenden Jahrzehnt führt die MSG auf das Bevölkerungswachstum von 12% im gleichen Zeitraum und auf sich wandelnde Lebensstile zurück. Demnach bewirkt auch die gestiegene Zahl der Besserverdienenden, der Trend zu kleineren Haushalten und veränderte Arbeitsplatzstrukturen, daß das Abfallaufkommen weiter zunehme.

Ein weiterer Grund für den Zuwachs könnte in der veränderten Zusammensetzung der Abfälle liegen. Papier und Pappe ist weiterhin die größte Fraktion in Siedlungsabfällen: Ihr Gewichtsanteil am gesamten Aufkommen wuchs seit 1985 von 37,4% auf 40,8%. Am schnellsten vergrößerte sich der Anteil von Textilien, umfaßte aber 1996 erst 3,6% der Abfälle. Die Alltagsmenge dagegen blieb mit 0,1% Zuwachs pro Jahr fast unverändert.

Von 1985 bis 1996 ging der Anteil der Depo-nien an der Entsorgung von 82,9% auf 60,9% zurück. Von dem anschwellenden Abfallstrom profitierten ausnahmslos die übrigen Abfallbe-handlungsmethoden. So stieg seit 1985 der Anteil der Müllverbrennung am Gesamtaufkommen von 7% auf 15% (1996). Die MSG sagt ihr bis 2002 einen langsam steigenden Marktanteil voraus. Dann werden pro Jahr über 40 Mio. Tonnen verbrannt. Der Anteil von Abfällen, die ins Recycling gingen, steigerte sich in den USA von 13,8% auf 22,5%.

Parallel zum steigenden Abfallaufkommen erhöhten sich die Einnahmen der US-Entsorgungsindustrie zwischen 1985 und 1996 um jährlich rund 5,9% von 20 Mrd. auf 37 Mrd. Dollar. Allerdings stiegen auch ihre Ausgaben – pro abgeholte Tonne von 58 auf 76 Dollar. Behandlung und Entsorgung verursachten 1996 mit 8,7 Mrd. Dollar etwa ein Drittel der Gesamtkosten der privaten Entsorgungsindustrie. Mit 16,7 Mrd. Dollar machte die Müllab-holung den größten Teil der Kosten aus. Sie verteuerte sich pro Tonne und Jahr im Schnitt um 5,3%.

Kontakt: MSG, Gretchen Ritchmond, 2126 Lee Road, Suite 4, Cleveland Ohio 44118, USA. Tel.: 001-216/371-4307; Fax: 4272.

Mehrweganteil bei Getränken nur knapp über der gesetzlichen Grenze

Der Anteil der Mehrwegquoten im Getränkebereich betrug 1996 72,03 Prozent bundesweit, und blieb damit nur knapp über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote von mindestens 72 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr sank der Mehrweganteil um gut 2 Prozent.

Umweltministerin Merkel kündigte an, daß weiterhin ernsthaft mit der Einführung von Einweg-Getränkeverpackungen gerechnet werden muß, wenn verstärkt Einweg-Getränke in den Markt gebracht und die gesetzlich vorgeschriebene Mehrwegquote unterschritten wird.

Nach der Verpackungsverordnung sind Einweg-Getränkeverpackungen im Rahmen des DSD nur solange von der Pfandpflicht befreit, wie bundesweit ein Anteil von 72 Prozent gehalten wird.

Bei Getränkedosen ist erstmals seit 4 Jahren ein Rückgang um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Beim Bier erfolgte allerdings nochmals ein Zuwachs des Dosenanteils. Dieser wurde jedoch durch einen Rückgang beim Einwegglas ausgeglichen, so daß die Bier-Mehrwegquote stabil blieb. Bei Erfrischungsgetränken mit Kohlensäure ging der Dosenverbrauch um 9 Prozent gegenüber 1995 zurück, und es ist ein deutlicher Mehrweganstieg zu verzeichnen. In den anderen Getränkebereichen ist dagegen ein leichter Abwärtstrend zu beobachten.

Nach Ansicht des Umweltministeriums ist der Rückgang des Mehrweganteils vor allem im Anstieg von überwiegend in Einweg verpackten Fruchtsäften und Eistees begründet.

In den neuen Bundesländern stieg die Mehrwegquote um 1,6 Prozent, im Westen zeichnete sich dagegen ein leichter Abwärtstrend ab. Spitzenreiter bei der Mehrwegquote sind Baden-Württemberg (84,65 Prozent) und Bayern (82,13 Prozent), Schlußlichter sind Berlin (46,6 Prozent) und Brandenburg (54,22 Prozent). Lediglich in 6 von 16 Bundesländern wird die Quote von 72 Prozent überschritten.

Näheres: Bundesumweltministerium, Pressereferat, Postfach 120629, 53048 Bonn, Tel. 0228/3052010.

Trockenstabilat im Streit

In letzter Zeit macht ein Verfahren zur Behandlung von Abfällen immer mehr von sich reden: Das Trockenstabilatverfahren. Der Müll wird dabei einer mechanischen Vorbehandlung unterzogen, in der Metalle und eine Schwerfraktion abgetrennt werden und auf die eine ca. 1-wöchige Kurztrotte folgt. Durch ständige Belüftung und die bei der Rotte entstehende Wärme wird der Abfall dabei auf einen Restfeuchtegehalt von 15 % getrocknet. Ziel der Behandlung ist die Erzeugung eines möglichst heizwertreichen Produktes (Trockenstabilat), das möglichst kostengünstig verbrannt werden kann. Die erste großtechnische Anlage dieser Art ist seit diesem Jahr in ABlar im Lahn-Dill-Kreis in Betrieb.

Da die Verbrennung des Trockenstabilats in einer Müllverbrennungsanlage nicht billiger kommt als die Verbrennung von vorbehandeltem Abfall wird nach alternativen Verbrennungswegen gesucht. In Frage kommen insbesondere Zementöfen, Hochöfen und bestimmte Kohlekraftwerke. Hier sind die Behandlungskosten wesentlich niedriger und das Stabilat kann gemäß dem Kreislaufwirtschaftsgesetz als Abfall zur Verwertung eingesetzt werden. Der Pferdefuß an diesem Behandlungsweg sind die wesentlich höheren Grenzwerte für solche Anlagen, die zu weit höheren Emissionen gegenüber der herkömmlichen Müllverbrennung führen. Außerdem führt der Einsatz von Abfall mit seinem gegenüber herkömmlichen Brennstoffen höheren Schadstoffgehalt noch einmal zu Zusatzemissionen insbesondere bei Schwermetallen. Ein solcher Behandlungsweg, der auf Kosten der Umwelt geht, ist daher strikt abzulehnen.

Jüngsten Meldungen zufolge plant der Lahn-Dill-Kreis derzeit den Ausstieg aus dem DSD, weil über das Trockenstabilat eine wesentlich billigere Verwertung möglich ist. Mit einer solchen "end-of-the-pipe-Lösung" würde der ohnehin schon vom DSD kaum berücksichtigte Vermeidungsgedanke weiter in den Hintergrund gedrängt und der Anteil der stofflichen Verwertung wesentlich gesenkt werden.

Autor des Textes: Peter Gebhardt, Institut für Ökologie, Tel./Fax 06404/65643

Weitere Informationen zum Trockenstabilatverfahren:

- 1. KGV Rundbrief 1/97: Das Trockenstabilatverfahren – Eine MBA als Vorhof zur Müllverbrennung
- 2. MüllMagazin Nr. 3/1997 (S. 48-53)

Initiative Mehrweg startet Aktionsprogramm

In seiner Auftaktveranstaltung verabschiedete das Kuratorium der Stiftung Initiative Mehrweg (SIM), Bonn, die Gründung eines Fördervereins zur Stiftung und das Aktionsprogramm '97. Den Anfang machte ein Workshop zum Thema "Mehrweg – Quo vadis?" auf dem rund 80 Experten aus Wissenschaft, Ministerien, Verbänden und Handel Lösungen zum Thema Mehrwegschutz erörterten. Nach Information der Stiftung sind darüberhinaus in diesem Jahr die Auslobung eines Mehrweg-Innovationspreises, öffentliche Dialogveranstaltungen zum Thema Mehrweg sowie Plakat- und Aufsatzwettbewerbe an Schulen geplant.

Angesichts der kontroversen Diskussion und dem zu befürchtenden Absinken der Mehrwegquote unter die gesetzlich verankerte Mehrwegquote von 72 Prozent erhöhe sich nach Dafürhalten der Stiftung Initiative Mehrweg der eigene Handlungsbedarf. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und gezielte Einflußnahme auf Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft gelte es, dem Thema Förderung von Mehrweg

21.11.97 in Berlin
Kongreß "Kreislaufwirtschaft im Krankenhaus – eine Führungsaufgabe"
Veranstalter und Kontakt:
Kongreßbüro Blackwell GCM, Riedemannweg 59,
13627 Berlin, Tel. 030/38370-752, Fax -789.

8.12.97 in Würzburg
Grundlehrgang "Betriebsbeauftragter für Abfall"
Veranstalter und Kontakt:
TÜV Akademie, Christa Ostermaier, Westendstr. 199, 80686 München, Tel. 089/5791-1180, Fax -2247.
(Weitere Termine: 8.12.97 Hannover und Bayreuth)

11.-12.12.97 in Karlsruhe
Der Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz.
Veranstalter und Kontakt:
Fortbildungszentrum für Umwelt und Technik, Frau Gilliar, Postfach 36 40, 76021 Karlsruhe, Tel. 07247/824045, Fax 824857

Themenredaktion "Müll":
Niemand. Das kann nur besser werden.



Foto: Betrieb von Herhof im Lahn-Dill-Kreis im Lagerbereich der Trockenstabilatballen. Sie können als Brennstoff für Müllverbrennungsanlagen, Hochöfen usw. eingesetzt werden

gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch zu mehr Akzeptanz und Durchsetzungsvermögen zu verhelfen.

Weiterhin plant die Stiftung, zukünftig mit "Pro Mehrweg" zusammenzuarbeiten um Synergieeffekte zu nutzen.

Kontakt: Stiftung Initiative Mehrweg, Monika Bendig, Roonstr. 5, D-53175 Bonn, Tel. 0228/3670416, Fax 3680038

